PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr. 35 1. Mai 1965 Einzelpreis S 3,-



SOLIDARITÄT MIT VIETNAM !

20. GEBURTSTAG DER 2.REPUBLIK

Die österreichischen Kommunisten - wir sprechen von jenen, die sich nicht nur so nennen, sondern es auch wirklich sind - betrachten sich mit vollem Recht als die besten Söhne der österreichischen Nation, als die konsequentesten Patrioten. Ihr Bekenntnis zum österreichischen Volk ist besiegelt durch das Blut tausender unbeugsamer Marxisten-Leninisten, die im Kampf gegen grünen und braunen Faschismus, im Kampf gegen den faschistischen Krieg ihr Leben gegeben haben. Sie haben für das österreichische Volk gearbeitet und gekämpft nicht nur im klaren Bewußtsein, was ihnen selber drohte, sondern in der Erkenntnis, was der Faschismus für das ganze österreichische Volk und für andere Völker bedeutete. Sie haben diesen Kampf geführt und alles in ihm geopfert, in konsequenter Fortsetzung eines jahrzehntelangen, unerhört aufreibenden Kampfes gegen die demagogische und reaktionäre Politik der bürgerlichen und rechtssozialistischen Parteiführungen, die dem Faschismus und dem Krieg den Weg bereiten halfen, indem sie die Massen irreführten und entwaffneten.

Als die wachsamsten und konsequentesten Antifaschisten, als die konsequentesten proletarischen Revolutionäre waren die Kommunisten auch die besten Verteidiger der Lebensinteressen ihres Volkes. Oft haben sie sich, um das zu sein, gegen den Strom stellen müssen, oft mußten sie Unglauben und Unverständnis hinnehmen sogar von denen, für die sie sich anstrengten und opferten. Unbekümmert um taktische Vor- oder Nachteile, um psychologische Mätzchen und wahlgeometrische Erwägungen sagten sie, was zu sagen war und handelten danach. Die Geschichte hat ihnen recht gegeben.

Heute steht die österreichische kommunistische Bewegung vor der Frage, ob sie eine solche prinzipienfeste, ehrliche und proletarisch gerade Politik fortsetzen oder ebenfalls auf der Linie einer opportunistischen, grundsatzlosen, letzten Endes bürgerlichen Politik einschwenken soll wie die Sozialdemokratie. In bezug auf den 20.Geburtstag der 2.österreichischen Republik heißt das: Soll man sich aus taktischen, psychologischen oder anderen Gründen in den lauten Chor jener Super-"Österreicher" einfügen, die diesen Feiertag nicht nur mit einem Massenaufgebot an Militär, sondern auch mit einem Masseneinsatz scheindemokratischer und scheinpatriotischer Redensarten und Gesten begehen - oder soll man auch jetzt und gerade jetzt die Dinge beim Namen nennen und die Wahrheit sagen, die bei weitem nicht so schön ist wie der fromme Schein glauben machen will?

Die Revisionisten haben sich für das erstere entschieden - wir entscheiden uns für das letztere.

Wir räumen gerne ein, daß nicht alles geheuchelt und erlogen ist, was in den letzten Tagen an Reden und Artikeln auf das Publikum losgelassen wurde. Aber bedarf es wirklich so eines seltenen Maßes an proletarischem Klassenbewußtsein, einer so besonderen politischen Gewitzigtheit, um die Unmasse höchst verdächtiger Töne, das Großaufgebot demagogischer Floskeln, die erregende Doppelbödigkeit dessen zu erkennen, was gerade von den prominentesten Sprechern

ÖSTERREICHER ! ÖSTERREICHERINNEN !

Das erste Mordopfer des Nazifaschismus in der Zweiten Republik, der österreichische Demokrat und Patriot, der Kommunist Ernst Kirchweger, wurde feierlich zu Grabe getragen. An seiner Bahre wurden ergreifende Reden gehalten, in denen Bekenntnisse zur Demokratie und zur österreichischen Nation abgelegt wurden.

Einer der Mörder Kirchwegers, der vielfach wegen faschistischer Terrorakte vorbestrafte "Student" Günther Kümel, wurde verhaftet. Einer der geistigen Urheber der Ermordung Kirchwegers, der Hochschulprofessor Taras Borodajkewycz, der sich stolz zu seiner Nazivergangenheit und zum Großdeutschtum bekannte, dabei antisemitische mit antidemokratischen Bemerkungen verband und sich in Schmähreden gegen die österreichische Nation erging, hat sich für unbestimmte Zeit auf Urlaub begeben.

IST DAMIT DIE GEFAHR DES NEONAZISMUS FÜR DIE 2. REPUBLIK GEBANNT?

N E I N ! Die Gefahr des Faschismus, die gleichermaßen den Bestand der Demokratie wie die Existenz Österreichs als selbständiges Land bedroht, besteht weiter und wird sogar noch weiter wachsen, solange ihre Ursachen nicht beseitigt sind!

Vor zwanzig Jahren ging mit der Zerschlagung des Naziregimes die blutigste Diktatur und die brutalste Fremdherrschaft, die Österreich je erlebt hatte, zu Ende. Damals verband alle aufrechten Österreicher eine gemeinsame große Hoffnung: daß die neue Republik ein Staat sein werde, in dem es Faschisten nie wieder wagen könnten, die Demokratie oder den Bestand Österreichs zu gefährden.

Fast zwanzig Jahre lang lebten die meisten Österreicher in dem sorglosen Glauben, daß sich diese Hoffnung erfüllt habe. Die faschistischen Schmähreden eines einzigen Hochschulprofessors genügten, um diese Hoffnung als Illusion zu enthüllen!

Alle, die dieser Illusion nachhingen, fragen sich heute: WIE KONNTE ES ÜBERHAUPT ZUM WIEDERAUFLEBEN FASCHISTISCHER KRÄFTE KOMMEN ? WER UND WAS IST DARAN SCHULD ?

! Wenn Studenten, die in der Nazizeit noch nichteinmal die Volksschule besuchten, zu Nazis geworden sind, dann mußten sie in der Zweiten Republik dazu erzogen worden sein, und zwar von Lehrern und Professoren, die selbst Nazis waren und es noch immer sind. Es ist die Schuld der Regierungsparteien, daß solche Lehrkräfte, die sich im Jahre 1945 meist selbst aus dem Staub gemacht hatten oder vorübergehend von ihren Posten entfernt wurden, heute wieder die Möglichkeit haben, unsere Jugend mit ihrer faschistischen Denkweise zu vergiften!

Aber nicht nur an den Hochschulen - in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wurden die im Jahre 1945 verjagten Propagandisten, Nutznießer und sogar Henkersknechte des Nazi-Regimes wieder in Amt und Würden eingesetzt. Es wurde ihnen damit die Möglichkeit gegeben, ihre Wühlarbeit gegen die Demokratie und Selbständigkeit Österreichs wieder aufzunehmen.

Anstatt den einfachen Mitgliedern und Mitläufern der NSdAP die Möglichkeit zu bieten, einen endgültigen Schlußstrich unter ihre Vergangenheit zu ziehen, bemühten sich beide Regierungsparteien, sie als "Ehemalige" anzusprechen und zu umwerben.

Deshalb trat der damalige SP-Innenminister Helmer für die Zulassung einer Partei der "Ehemaligen" ein und hob selbst den VdU - den Vorläufer der FPÖ - aus der Taufe!

Deshalb schloß sich die ÖVP bei der Präsidentenwahl mit der FPÖ zum "Bürgerblock" und um den gemeinsamen Kandidaten Denk zusammen.

Deshalb hat erst vor wenigen Monaten der Amtsnachfolger Helmers, Olah, der Neonazipartei und ihrer Presse viele Millionen Schilling zugeschanzt.

So paktierten die Führungen der ÖVP und der SPÖ mit der Nazi-Prominenz in der Führung der FPÖ - die ÖVP, um ihre führende Stellung zu behaupten und zu festigen, und die SPÖ, um ihren "Führungsanspruch" geltend zu machen.

So überboten sich ÖVP und SPÖ gegenseitig in ihren Zugeständnissen an die überlebenden "Goldfasane", werteten sie gemeinsam diese Totengräber der österreichischen Demokratie und Unabhängigkeit zur sogenannten "demokratischen Opposition" auf.

Doch mehr als diese "wahltaktischen Erwägungen" veranlaßte der Haß gegen die Kommunisten die Führer der ÖVP und SPÖ zum Paktieren mit den Faschisten. Denn die Nazifaschisten boten sich ihnen als erprobte und verläßliche Kämpfer gegen die Kommunisten an.

Auch Hitler hatte sich einmal der Welt als Bollwerk gegen den Kommunismus angepriesen. Die Geschichte hat bewiesen, daß er zwar Demokratien zerstören, Länder von der Landkarte löschen, Völker unterdrücken und den furchtbarsten Krieg entfesseln konnte - den Siegeszug des Sozialismus konnte er dennoch nicht aufhalten.

Auch die Faschisten, die sich heute wieder als Bollwerk gegen den Kommunismus anpreisen, können diese Entwicklung nicht aufhalten. Sie können nur wieder neues Elend und Leid heraufbeschwören. Wer sich aus Haß gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung mit den Faschisten verbündet, hilft diesen bei ihrem antidemokratischen und antiösterreichischen Zerstörungswerk. **Aber genau das haben die beiden Regierungsparteien bisher getan!**

Soll das so weitergehen ? SOLL SICH DER GANZE JAMMER DER ERSTEN REPUBLIK IN DER ZWEITEN WIEDERHOLEN ?

DAS DARF NICHT GESCHEHEN! Noch ist es Zeit, die Gefahr abzuwenden. Deshalb muß mit der Politik des Paktierens mit den Faschisten endgültig Schluß gemacht werden!

In diesem Sinne fordern wir und müssen alle antifaschistischen und patriotischen Österreicher mit uns fordern:

1. Bestrafung aller Mörder Kirchwegers. Ausforschung und Bestrafung aller ihrer Auftraggeber, Hintermänner und Helfershelfer. Bestrafung jeder Art von neofaschistischer Betätigung in Wort und Schrift.
2. Säuberung der Hochschulen von allen faschistischen und profaschistischen Lehrkräften und Studenten. Entfernung nicht nur von Borodajkewycz, sondern aller Mittel- und Hochschulprofessoren, die sich offen oder versteckt als Propagandisten des Nazifaschismus betätigt haben oder betätigen. Rücktritt des Unterrichtsministers, der für die empörenden Zustände an den Hochschulen die unmittelbare Verantwortung trägt und Leute wie Borodajkewycz schützt.
3. Auflösung aller faschistischen und profaschistischen Organisationen, vor allem der FPÖ, deren Führung fast durchwegs aus prominenten Nazis der Hitlerzeit besteht; des "Ringes freiheitlicher Studenten", aus dessen Reihen sich die faschistischen Schlägerbanden rekrutierten, die Kirchweger ermordeten; und aller Organisationen, welche die Faschisten zur Tarnung ihrer illegalen Tätigkeit aufgezogen haben, wie Kameradschaftsbünde, Turnerbund, Alpenverein, Landsmannschaften usw. usf.
4. Verbot aller profaschistischen Kundgebungen, insbesondere des in Wiener Neustadt geplanten Treffens des Kameradschaftsbundes.
5. Gründliche Säuberung des Staatsapparates von faschistischen Elementen. Wiederentlassung der nach vorübergehender Außerdienststellung wiedereingestellten Nazis auf hohen Posten.
6. Abberufung des Wiener Polizeipräsidenten und des Innenministers, die die Polizei faktisch zum Schutz der faschistischen Mörder einsetzten. Besetzung dieser Positionen mit Männern, die sich immer zur Demokratie und zur österreichischen Selbständigkeit bekannt haben.
7. Erziehung der Jugend im Geist der Demokratie und der österreichischen nationalen Unabhängigkeit.
8. Unterbindung der wirtschaftlichen Unterwanderung Österreichs durch das westdeutsche Kapital. Ablehnung jeder Art eines Anschlusses an die vom westdeutschen Monopolkapital beherrschte EWG.

"ROTE FAHNE"
Tribüne der Marxisten-Leninisten
in der KPÖ

Eigentümer, Herausgeber und Verleger sowie für Inhalt und Druck verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstrasse 30/33

und an den prominentesten Stätten der 20-Jahr-Feiern zum besten gegeben wurde?

Freilich - man muß diese Reden und Artikel schon im Original lesen und hören und darf sich nicht mit der "gereinigten", "geläuterten" und "verpositivten" Fassung begnügen, in der sie die "Volksstimme" brachte und mitteilte, bzw. verschwieg, wo es schon garnicht in das rosenrote Bild der antifaschistischen und patriotischen "Einheit" paßte, die heute angeblich vom kommunistischen Sektionsobmann bis in die Spitzen der Regierungsparteien geht. Doch was soll man schon von der "Volksstimme" erwarten, wenn sich sogar in der offiziellen Jubiläumsrede des Genossen Koplenig, der den revisionistischen Kurs nur mit Mühe und Widerwillen mitmacht, Wendungen finden wie:

> **„Es gibt zwischen uns Kommunisten und den anderen demokratischen Parteien und Gruppen sowohl in Fragen der Vergangenheit wie auch der Gegenwart Meinungsverschiedenheiten und gegensätzliche Auffassungen, aber wenn es um das Schicksal unserer Heimat und unseres Volkes geht, als es um Sein oder Nichtsein Österreichs ging, waren wir Kommunisten nicht Opposition, sondern wir standen und stehen auch heute stets in den vordersten Reihen der Kämpfer für die Freiheit und die Unabhängigkeit Österreichs."**

Man beachte dieses "aber"! Früher, als unter Kommunisten noch Übereinstimmung darüber herrschte, daß der konsequenteste Revolutionär, der entschlossenste proletarische Klassenkämpfer zugleich auch der beste Patriot ist, stand an dieser Stelle ein "deswegen". Damals war noch unbestritten, daß genau dieselben Erkenntnisse und Prinzipien, die uns von den Koalitionspolitikern trennen, uns auch befähigen, die von ihnen letzten Endes immer wieder verratenen wahren nationalen Interessen des österreichischen Volkes zu verfechten. Jetzt aber stellt sogar Koplenig den Klassenkampf den nationalen Interessen gegenüber und es entsteht der Anschein, als ob die Koalitionspolitiker immer die maßgeblichen Verteidiger Österreichs gewesen wären und sich die Kommunisten unter Hintanstellung ihrer revolutionären Gesinnung diesen braven Patrioten nun anschließen würden. Im Grunde genügt dieses eine beziehungsvolle "aber" bereits, um die tiefe Kluft aufzuzeigen, die zwischen dem, was in der KPÖ heute offiziell vertreten wird, und der revolutionären Ideologie der Marxisten-Leninisten entstanden ist. Daß Genosse Koplenig selbst einmal ein führender Marxist-Leninist gewesen ist, macht die Sache jetzt nicht besser, sondern nur noch schlimmer und unverzeihlicher.

Der Begriff der Nation und der "nationalen Interessen" hat schon immer heftige Diskussionen ausgelöst, deren Grundproblem darin liegt, daß die modernen Nationen in gegensätzliche Klassen zerrissen sind, die einander in einem unversöhnlichen Interessenkonflikt gegenüberstehen, weil

Aus dem Inhalt:

die eine - die kapitalistische - Klasse auf Kosten der anderen lebt, die proletarische Klasse nicht nur ausbeutet, sondern auch politisch unterdrückt. Deswegen tauchen letzten Endes auch immer wieder zwei verschiedene Vorstellungen der "nationalen Interessen" auf: die der Ausbeuter und Profitierer, des Kapitals und seines Gefolges, denen die nationalen Belange nur so lange interessant und wichtig sind, solange ihre Klassenprivilegien und Profite gewährleistet sind - und der echte Patriotismus des arbeitenden Volkes, der Ausgebeuteten, der kleinen Leute, die nicht nur der Zahl nach die Nation repräsentieren, sondern in ihrem mehr oder minder bewußten und zielklaren Kampf gegen den Kapitalismus auch das historische Interesse der Nation verkörpern, die sich erst nach der revolutionären Befreiung von Kapitalismus und Imperialismus voll wird entfalten können.

Und eben weil die Interessen des Kapitals und seiner Steigbügelhalter letzten Endes immer wieder in Gegensatz zu den wahren Interessen der Nation geraten und eben weil auf weitere Sicht das Maß des revolutionären Klassenbewußtseins und der proletarischen Kampfentschlossenheit auch das Maß echten Patriotismus ist, deswegen muß man auch gerade heute unterstreichen und betonen, was man im ZK der KPÖ entweder ganz vergessen hat oder aus "taktischen" Gründen unausgesprochen läßt, um die "Einheit" mit den Festrednern nicht zu gefährden und die Festtagsstimmung nicht zu beeinträchtigen:

Wir österreichischen Kommunisten gehören derselben Nation an wie Herr Mautner-Markhof, derselben Nation wie Klaus und Pittermann, wie Jonas und Gorbach, derselben Nation wie das ganze österreichische Kapital und wie alle seine beamteten oder freiwilligen Verteidiger - aber tausendmal näher wie sie alle steht uns jeder kämpfende Arbeiter im fernsten Winkel der Welt, mag er welche Sprache auch immer reden, weiße, gelbe oder schwarze Haut haben. NUR WAS HEUTE REVOLUTIONÄR IST, NUR WAS DEM PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS ENTSPRICHT, NUR WER DAS PRIMAT DES PROLETARISCHEN KLASSENKAMPFES ANERKENNT, KANN HEUTE EIN KONSEQUENTER VERTRETER DER INTERESSEN SEINER EIGENEN NATION SEIN! Alles andere ist bürgerlicher Nationalismus und muß letzten Endes auch zu den wahren Interessen der Nation in Gegensatz geraten.

Das ist überhaupt ein Grunderfordernis der Situation, in der sich die kommunistische Bewegung nicht nur unseres Landes befindet: die Dinge beim Namen zu nennen, die Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus offen auszusprechen, auch wenn es die einen schockiert und die andern meinen, man sollte aus taktischen Gründen und aus "Rücksicht" auf irgendwelche Bundesgenossen lieber schweigen. Weder in der nationalen noch in irgendeiner anderen Frage kann man in Österreich vorwärtskommen, wenn man sich nicht entschließt, rücksichtslos den Nebel der halben Wahrheiten und ganzen Lügen, des vorsätzlichen und fahrlässigen Betrugs, der bürgerlichen, sozialdemokratischen und revisionistischen Illusionen, des ideologischen Versöhnlertums und des falschen "Einheits"-Geflunkers zu zerreißen, in dem alles Revolutionäre und Fortschrittliche zu ersticken droht und aus dem schon jetzt wieder die Schwaden faschistischen Aasgeruchs steigen.

F.St.

Zwanzigjahrfeier

...IM ZEICHEN DER GESCHICHTSLÜGE

In der Rede, die Bundeskanzler Klaus am 27. April anläßlich des 20. Geburtstages der Republik im Ministerrat hielt, feierte er sie als eine Schöpfung der beiden Koalitionsparteien, der ÖVP und der SPÖ. Als die Männer, die Österreich wiedererrichtet hätten, nannte er Renner, Kunschak, Schärf, Figl, Raab, Böhm, Reither, Helmer und Gerö - wie man sieht, immer schön nach dem Koalitionsproporz. Kommunisten dürfte es 1945 in Österreich noch garnicht gegeben haben.

... DER ANTISOWJETHETZE

Am 25. April widmete das Zentralorgan der SPÖ dem 20. Geburtstag der Republik eine Sonderbeilage, in der dieser Tag als Tag des "Triumphes über 7 Plagen" vorgestellt wird. In sinniger Aneinanderreihung nennt die "AZ" hier nach der Naziplage, der Kriegsplage und der Hungerplage vor allem die Plage durch die sowjetische Besetzung. Von der Niedertracht, mit der das Zentralorgan der SPÖ ausgerechnet den Jubiläumstag zum Anlaß wüstester Russenhetze nimmt, geben die folgenden Ausschnitte aus ihrer Sonderbeilage Zeugnis:

Vor den Kindern vergewaltigt

13. Mai 1945. Heute waren die ersten Russen da. Als ich vom Brunnen im Hof Wasser holte, kamen sie beim Tor herein. Erst war ich gar nicht so erschrocken, als ich sie sah. Ich dachte, es sind doch Menschen wie wir. Aber als einer von ihnen Evi, mein Kleinstes, das ich auf dem Arm trug, streichelte und dabei wie zufällig meine Brust berührte, war die Panik wieder da.

Das Mädchen ging der Mutter nachher nicht mehr zu

17. Mai. Nun ist geschehen, was ich fürchtete. Sie fielen wie die wilden Tiere über uns her. Neben den Kindern. Es war schrecklich, und am liebsten möchte ich mit meinen Kindern nicht mehr weiterleben.

20. Mai. Ingrid geht nicht mehr zu mir, wenn es heißt: „Russen kommen!" Sie läuft dann immer zum Bauern. Sie spürt instinktiv, daß die Russen es auf uns Frauen abgesehen haben.

Die Russen haben fast alles gestohlen. Vati hat nicht mehr viel anzuziehen, wenn er überhaupt zurückkommt. Die anderen Frauen und Mädchen verstecken sich immer woanders, weil ...

25. Mai. Gestern abend kamen Russen, ehe wir in den Keller gehen konnten. Wir haben uns im Kuhstall versteckt. Ich bin mit meinen Kindern auf dem Boden neben den Kühen gelegen und habe gebetet. Gott hat uns geholfen, sie haben uns nicht gefunden.

EINE ROTE NELKE LOCKTE ZUR ZWANGSARBEIT

Hinter der Ecke warteten die Russen — Passanten mußten tagelang schwer schuften

Er verlangte von mir Wein; nachher sagte mir mein Dolmetsch, daß er von ihm Frauen verlangt hat. So sieht unser Schutz aus!

Werter Genosse Renner, schicken Sie uns ehestens Sicherheitsorgane, die wirklich welche sind. Als ich Freitag und Samstag die Lebensmittelkarten ausgab, trieben sich die ganze Zeit die Russen unter der Bevölkerung bei mir im Haus herum, aber sie sahen, daß die Leute nur Zettel bekamen. Um ihren Wunsch befragt, verlangten sie immer Wasser.

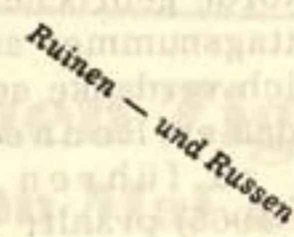
Erst haben sie nur geplündert, aber nun zerstören sie die Wohnungen bis auf den Grund, zerhacken die Möbel, drehen die Wasserhähne auf und montieren dann die Hähne ab,

... jenem Handumdrehen, das notwendig ist, eine Armbanduhr abzunehmen. Die „Unbekannten", deren Nationalität in unseren Zeitungen nicht genannt werden durfte, die Frauenschänder und Menschenräuber

DIE BEFREIER FRAGTEN ZUERST NACH DER UHR

Bald hörte man die ersten Hilferufe von Frauen

Am Abend hörte man bald die ersten Hilferufe bekannter weiblicher Stimmen, unserer Mitbewohnerinnen. Sie waren die ersten Opfer von Vergewaltigungen.



Bei der ersten Kontaktnahme war die erste Frage der russischen Armeekämpfer: „Wie spät?" Freundlichst wurde den abgekämpft aussehenden Soldaten eine wertvolle Uhr entgegengehalten. Jeder sollte dort die glückliche Stunde der Befreiung, die nun geschlagen hat, auf dem Ziffernblatt ablesen können. Doch ein harter Griff, begleitet von russischen Flüchen, nach der Uhr, und dieser kostbare Familienbesitz wechselte rasch den Besitzer.

Die Presse der KPÖ hat auf diese Schmutzkübel gegen jene, die den Hauptblutzoll für Österreichs Befreiung von der faschistischen Pest leisteten, mit keinem einzigen Wort reagiert. Man kann ja unmöglich aufzeigen, daß die SP-Führung nach wie vor in der vordersten Linie der antikommunistischen und antisowjetischen Hetze steht, und gleichzeitig auffordern, den Kandidaten der SPÖ als den Vertreter des Fortschritts zu wählen.

... DES ANTIKOMMUNISMUS

In der Geburtstagsrede, die Maleta am 27. April im Parlament gehalten hat, nahm er die Ermordung unseres Genossen Kirchweger durch neofaschistische Elemente zum Anlaß, sich nicht klar und unmißverständlich von den Faschisten zu distanzieren, sondern sich in salbungsvollen Worten gegen die "Bazillen totalitärer Ideologien" zu wenden. Was er unter solchen "Bazillen" in erster Linie versteht, wurde aus Maletas gleichzeitiger Verurteilung von "Streiks und Tumulten" genügend deutlich.

•

Bei der im Mittelpunkt des Fernseh-Festprogramms stehenden Reportage über "Die Republik der Überzeugten" wurden als die vier entscheidenden Bewährungsproben der 2. Republik die nachstehenden "Siege" gefeiert:

a) die "vernichtende Niederlage des Linksextremismus" bei den Wahlen vom November 1945 trotz Anwesenheit der russischen Besatzungsmacht;

b) das Ausscheiden des kommunistischen Energieministers Altmann aus der Regierung im Jahre 1947;

c) die Niederwerfung des "kommunistischen Putsches" vom Oktober 1950, und

d) die Rolle Österreichs bei der "ungarischen Revolution" im Jahre 1956.

"Wir" haben uns 1945 geplagt, erklärte der Sprecher stolz, und "wir hauen hin, wenn's sein muß!" Es sind schon Prachtkerle, die Herren Andics und Co., die solches von sich sagen können.

•

Auch im westlichen Ausland wurde der 20. Geburtstag der österreichischen Republik in bewährter antikommunistischer Tradition gewürdigt. So schrieb der Wiener Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" am 28. April, vor allem drei Dingen verdanke Österreich seine Erfolge: der Koalitionspolitik der beiden Regierungsparteien, ihrer gemeinsamen "entschlossenen Abwehr aller kommunistischen Anbiederungsversuche" und der "Hilfe" durch die USA. Über die unbedingte antikommunistische Verläßlichkeit der SPÖ-Führung findet die großkapitalistische Zeitung viele Worte des Lobes:

Das unabhängige Oesterreich hat es auch verstanden, alle kommunistischen Anbiederungs- und Erpressungsversuche beharrlich zurückzuweisen. Es ist in erster Linie das Verdienst der damaligen Führer der Sozialistischen Partei, daß eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten von allem Anfang an unterblieb. Schon vor der Bildung der provisorischen Regierung hatten sie den Wunsch der Kommunisten auf Errichtung einer *Aktionsgemeinschaft* strikt abgelehnt.

In der Folge versuchten die Kommunisten, sich mit *Gewalt* des Staates zu bemächtigen: im Mai 1947 durch einen *Handstreich auf das Bundeskanzleramt* und im Oktober 1950 durch einen *Generalstreik*, der das Wiener Verkehrsnetz lahmlegen und dann zum Sturz der Regierung führen sollte. Beide Aktionen scheiterten an der entschlossenen Abwehr der demokratischen Kräfte. Im September 1947 gelang es Innenminister *Helmer*, sich des kommunistischen Polizeipräsidenten zu entledigen und in der Folge das Polizeikorps weitgehend von kommunistischen Elementen zu säubern.

...DER FREUDE, DIE RUSSEN BETROGEN ZU HABEN

Was Antikommunismus und Antisowjetismus betrifft, hat das Zentralorgan der SPÖ schon immer alle bürgerlichen Rekorde gebrochen. So ist es dieser Zeitung durchaus gemäß, wenn sie sich in ihrer Festtagsnummer auf einer vollen Seite mit großem Behagen darüber ausbreitet, Österreich verdanke seine Existenz als demokratischer Staat insbesondere dem Umstand, daß es Renner gelungen sei, die Russen in einer Art hinters Licht zu führen, die geradezu kabarettistisch sei. Die "AZ" (25. April 1965) prahlt:

Im Kärntnertortheater konnte man sich an einer Kabarettszene ergötzen, in der ein kühnes Husarenstück unserer Geschichte gezeigt wurde. Ein Schauspieler mit Renner-Bart redete einer russischen Exzellenz ein, die Kommunisten würden bei einer freien Wahl vierzig Prozent der Stimmen erhalten, Sozialisten und Volkspartei je dreißig. Also ließ der Russe freie Wahlen zu.

Die Greuel, die dem russischen Einmarsch unmittelbar folgten und in den folgenden Jahren zwar immer mehr nachließen, aber niemals gänzlich erloschen, waren der Ausgangspunkt der Rückkehr Karl Renners auf die politische Szene.

Es erhebt sich die Frage, warum sich die Russen auf die Berufung Renners überhaupt eingelassen und warum sie nicht das in den Balkanländern angewandte Rezept auch in Österreich befolgt haben. Wozu brauchten sie Renner, von dem sie doch wußten, daß er zum rechten Flügel der Sozialdemokratie gehört hatte?

Er schien gerade der Mann zu sein, den die Russen benötigten: alt, sehr alt, sehr beliebt, lang nicht mehr in Berührung mit der praktischen Politik, eine Verbindung mit der Vergangenheit, eine respektable Fassade für eine »Volksfront«-Regierung, die rasch von einigen jungen energischen Kommunisten erobert werden würde. Aber diesmal hatten die Russen den falschen Mann ausgewählt. Renner war mild, freundlich und verbindlich, auch bereit, einige Ministerposten den Kommunisten zu überlassen, aber durchaus befähigt, die Zügel in den eigenen Händen zu behalten.

Er fand sich sanftmütig damit ab, von einigen seiner ausländischen Freunde als eine russische Marionette bezeichnet zu werden; er erregte keinen Anstoß bei der Besatzungsmacht, er war beweglich, höflich und charmant. Aber der Punkt, auf welchem er mit entschlossener Ruhe bestand, war die Notwendigkeit allgemeiner Wahlen... und in diese Wahlkampagne warf Renner die ganze Energie und Kampfkraft, die sich in den langen Jahren erzwungener Zurückgezogenheit angesammelt hatte... Seine Partei, die sozialistische, wurde von der katholischen Volkspartei knapp überflügelt, aber die Kommunisten wurden vollkommen aufgerieben...

Daß Renner das Kunststück gelingen sollte, die in der Manipulierung von „Volksdemokratien" — dieses Wort kam erst später in Gebrauch — so erfahrenen Russen zu überlisten, glaubten, entgegen der optimistischen Prognose des „Observer", auch seine besten Freunde nicht. Vor allem glaubten es die Westmächte nicht, und diese behandelten daher das von den Russen installierte Kabinett Renner nicht nur mit höchstem Mißtrauen, sondern nahmen es zunächst überhaupt nicht zur Kenntnis.

Es zeigte sich, daß die Kommunisten durchaus nicht mit der bescheidenen Rolle zufrieden waren, die ihnen Doktor Renner zugedacht hatte, sie begehrten einen Stellvertreter des Regierungschefs, den Leiter des Staatsamtes für Inneres und den des Amtes für Unterricht und Volksaufklärung. In seinen Besprechungen mit den Autoritäten der Roten Armee kam Dr. Renner zur Überzeugung, daß es ohne die Erfüllung dieser und weiterer Wünsche der Kommunisten nicht abgehen werde. So kam sein erfindungsreicher Sinn auf den Ausweg, dem Chef der Regierung, Staatskanzler genannt, der er sein sollte, vier Staatssekretäre ohne Portefeuille, gewissermaßen als Stellvertreter, beizugeben. Als solche wurden zunächst in Aussicht genommen: Schärf (für die Sozialistische Partei), Kunschak (für die Christlichsoziale Partei), Koplenig für die Kommunisten und Schumy für den antifaschistischen Landbund. Diese Staatssekretäre ohne Portefeuille bildeten mit dem Staatskanzler das »politische Kabinett«. Die übrigen Staatssekretäre waren Ressortchefs mit den Vollmachten von Ministern.

Es kam alles darauf an, ob es gelingen würde, dem russischen Druck so lange standzuhalten, bis auch die übrigen drei Alliierten nach Wien kamen und die Kompetenz der Regierung auf ganz Österreich ausgedehnt werden konnte. Dies erreicht zu haben, war die eigentliche historische Leistung der Regierung Renner.

Bis dahin mußten sich Renner und seine Kollegen manche Demütigung und Nichtbeachtung gefallen lassen, die um der Sache willen ertragen werden mußten.

"Jonas wie Renner!" lautet eine der Wahlparolen der SP-Führung für die Bundespräsidentenwahl. Wer soll denn diesmal betrogen werden?

...DER SOZIALPARTNERSCHAFTS-HEUCHELEI

Am Vorabend des 27. April hielt Kardinal König auf dem Stephansplatz eine Jubiläumsansprache, in der er sich gegen die "überholten Begriffe" aus der Ersten Republik wandte und vor allem die Jugend aufrief, sich nicht in den "Streit der Väter" hineinziehen zu lassen, ihren Kampf nicht weiterzuführen, sondern sich zur "Gemeinschaft" zu bekennen. Kardinal König führte damit, wie von ihm nicht anders zu erwarten ist, die alte heuchlerische Propaganda der "Sozialpartnerschaft" und des "Klassenfriedens" weiter, die schon seine "Väter" vertreten haben und die seit altersher eine wichtige Stütze der Ausbeuterordnung ist. Was soll man aber zur "Volksstimme" sagen, wenn sie dem politisierenden Kardinal beipflichtet, seine Aufforderung zur Ächtung aller jener, die zu "politischem Haß" aufrufen, unkommentiert läßt und ihm sogar das Zeugnis eines Kämpfers "gegen die Jugendvergifter" ausstellt? Hat sie wirklich übersehen, daß die Kirche unter einem Aufruf zu "politischem Haß" vor allem die revolutionäre Ideologie, die Erziehung zu proletarischem Klassenbewußtsein versteht?

...UND SAFTIGER PREISERHÖHUNGEN

Die neuen Zigarettenpreise

Die neuen Gebühren von Mai an

Gebührenerhöhung soll noch heuer 100 Millionen bringen

Verteuerung von Milch und sämtlichen Molkereiprodukten ab 1. Mai

Preise sind „in Bewegung gekommen"

Neue Preise für Brot, Gebäck, Mehl und Grieß vom 3. Mai an

Regierung verpflichtet sich zur Abwehr

Zur Abwehr wessen ? Die "Volksstimme" vom 22. April, die die obenstehende Schlagzeile veröffentlicht hat, formulierte sie nicht zufällig so unbestimmt. Es handelt sich nämlich um die Entschließung des österreichischen Ministerrats vom 21. April 1965, "a l l e r a d i k a l e n S t r ö m u n g e n in der österreichischen Innenpolitik" genau zu ü b e r w a c h e n und gegebenenfalls gegen sie e i n z u s c h r e i t e n.

Da diese Entschließung kurz nach der Ermordung unseres Genossen Ernst Kirchweger durch faschistische Schlägerbanden erfolgte, könnte der Eindruck entstehen, es handle sich bei ihr eben um einen antifaschistischen Beschluß der SP-VP-Koalitionsregierung. Die "Volksstimme" stellt das auch so hin. A b e r i s t e s t a t s ä c h l i c h s o? Wenn es dem österreichischen Ministerrat einfach um die Verurteilung faschistischer Umtriebe ging, warum nannte er das Kind dann nicht beim Namen? Fällt den Herren zufällig das entsprechende Wort nicht ein? Warum verwenden sie den in der bürgerlichen Welt so oft gegen die Arbeiterbewegung mißbrauchten demagogischen Begriff der "radikalen Strömungen"?

Man muß schon sehr naiv sein, um diese Fragen nicht beantworten zu können. Es ist klar: die Koalitionspolitiker bedienen sich des alten Tricks der bürgerlichen "Demokraten", die revolutionäre Arbeiterbewegung mit faschistischen Gruppen auf eine Stufe zu stellen, mit anderen Worten: die Terrorakte faschistischer Banden zum Anlaß zu nehmen, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu hetzen und profaschistische Maßnahmen gegen sie vorzubereiten.

Vielleicht fühlt sich das Zentralorgan der KPÖ nicht mehr betroffen, wenn von "radikalen Strömungen" die Rede ist, gegen die es einzuschreiten gelte - w i r a b e r f ü h l e n u n s b e t r o f f e n ! Und nicht nur jeder wirkliche Kommunist, sondern jeder einigermaßen erfahrene Arbeiterfunktionär müßte aufhorchen und aufbegehren, wenn begonnen wird, in solcher Art die Dinge zu verdrehen und zu entstellen.

Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und auch die Herren Verfasser!

LENINSCHE PRINZIPIENTREUE

Am 22. April 1870 - vor 95 Jahren - wurde in der Stadt Simbirsk (Uljanowsk) Genosse Wladimir Iljitsch L E N I N, der große Lehrer und Führer der proletarischen Revolution, geboren. Die nachstehende Charakteristik der eisernen Prinzipientreue Lenins stammt aus der Rede, die J. W. Stalin am 28. Jänner 1924, eine Woche nach Lenins Tod, vor Kreml-Kursanten gehalten hat.

Parteiführer müssen die Meinung der Mehrheit ihrer Partei achten. Die Mehrheit ist eine Kraft, mit der der Führer rechnen muß. Lenin verstand das nicht schlechter als jeder andere Parteiführer. Aber Lenin wurde niemals zum Gefangenen der Mehrheit, besonders, wenn diese Mehrheit keine prinzipielle Basis hatte. Es gab Momente in der Geschichte unserer Partei, als die Meinung der Mehrheit oder die Augenblicksinteressen der Partei mit den Grundinteressen des Proletariats in Konflikt gerieten. In solchen Fällen trat Lenin ohne Bedenken entschlossen für die Prinzipientreue ein und wandte sich gegen die Mehrheit der Partei. Mehr noch, er scheute sich nicht, in solchen Fällen buchstäblich einer gegen alle aufzutreten, wobei er davon ausging — wie er das oft sagte —, daß „die prinzipienfeste Politik die einzig richtige Politik ist".

Besonders charakteristisch sind in dieser Beziehung folgende zwei Tatsachen:

E r s t e T a t s a c h e. Periode von 1909 bis 1911, als die Partei, von der Konterrevolution zerschlagen, in voller Zersetzung begriffen war. Das war eine Periode des Unglaubens an die Partei, eine Periode der Massenflucht aus der Partei, nicht nur von Intellektuellen, sondern teilweise auch von Arbeitern, eine Periode der Ablehnung der Illegalität, eine Periode des Liquidatorentums und Zerfalls. Nicht nur die Menschewiki, sondern auch die Bolschewiki bildeten damals eine ganze Reihe von Fraktionen und Strömungen, die zum größten Teil von der Arbeiterbewegung losgelöst waren. Es ist bekannt, daß gerade in dieser Periode die Idee entstanden war, die illegale Organisation vollständig zu liquidieren und die Arbeiter in einer legalen, liberalen Stolypinpartei zu organisieren. Lenin war damals der einzige, der der allgemeinen Epidemie nicht erlag und das Banner des Parteigedankens hochhielt, die zersplitterten und zerschlagenen Kräfte der Partei mit erstaunlicher Geduld und beispielloser Beharrlichkeit sammelte, gegen alle und jede parteifeindlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung kämpfte, den Parteigedanken mit beispiellosem Mut und unvergleichlicher Zähigkeit verteidigte.

Es ist bekannt, daß in diesem Streit für den Parteigedanken später Lenin sich als der Sieger erwies.

Z w e i t e T a t s a c h e. Periode von 1914 bis 1917, die Periode des Wütens des imperialistischen Krieges, als alle oder fast alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien dem allgemeinen patriotischen Taumel erlagen und sich in den Dienst des Imperialismus ihres Landes stellten. Das war die Periode, als die II. Internationale ihre Fahnen vor dem Kapital einholte, als selbst solche Männer wie Plechanow, Kautsky, Guesde und andere der chauvinistischen Welle nicht widerstanden. Lenin war damals der einzige, oder fast der einzige, der den entschiedenen Kampf gegen Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus aufnahm, den Verrat der Guesde und Kautsky entlarvte und die Halbheit der Zwitter-„Revolutionäre" brandmarkte. Lenin begriff, daß hinter ihm eine unbeträchtliche Minderheit steht, aber das war für ihn nicht von entscheidender Bedeutung, denn er wußte, daß die einzig richtige Politik, der die Zukunft gehört, die Politik des konsequenten Internationalismus ist, denn er wußte, daß eine prinzipienfeste Politik die einzig richtige Politik ist.

Es ist bekannt, daß auch in diesem Streit für die neue Internationale Lenin sich als der Sieger erwies.

„Die prinzipienfeste Politik ist die einzig richtige Politik" — das ist die Formel, mit deren Hilfe Lenin neue „uneinnehmbare" Stellungen im Sturme nahm und die besten Elemente des Proletariats für den revolutionären Marxismus gewann.

WIEN, RATHAUS, 1945

VON KARL STEINHARDT



Wenige Jahre vor seinem Tod stellte Genosse Karl Steinhardt, der Mitbegründer der KPÖ, Teilnehmer am Gründungskongreß der III. Internationale und spätere Wiener Vizebürgermeister das Manuskript seiner Lebenserinnerungen fertig. Da sich jedoch bald herausstellte, daß man im ZK der KPÖ an der Drucklegung nicht interessiert war, da eine Reihe von im Manuskript erwähnten Namen und Fakten unangenehm waren, zog sich Genosse Steinhardt verärgert zurück. Einen mit einer persönlichen Widmung versehenen Durchschlag des fast 500 Seiten umfassenden Manuskripts überließ er dem damals mit Studien zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung befaßten nunmehrigen Herausgeber der "Roten Fahne".

Anläßlich des 20. Geburtstages der Republik veröffentlichen wir aus diesem Manuskript einen kurzen Abschnitt, in dem Genosse Steinhardt über die Situation im Jahre 1945, während der kurzen Zeit seiner Tätigkeit als kommunistischer Wiener Vizebürgermeister, erzählt:

"Noch während der Kämpfe bildeten sich in den einzelnen Bezirken Gruppen von Widerstandskämpfern, aus denen sich nach der Befreiung die Bezirks-Ausschüsse zusammensetzten. Die Tatsache, daß in der Mehrzahl Kommunisten in den Bezirksausschüssen vertreten und die Bezirksvorsteher fast ausschließlich Kommunisten waren, veranlaßte Dr. Schärf zu hämischen Bemerkungen in seinem Buche 'April 1945 in Wien'. Er sagt dort auf Seite 38: 'Während des Monats April dürfte der Durchschnittswiener der Überzeugung gewesen sein, die Stadt sei kommunistisch; denn dort, wo sichtbare Macht ausgeübt wurde, in den Polizeistuben, auf den Bezirksämtern und in den Bezirks-

stellen des Wohnungsamtes herrschte überwiegend der Geist von Leuten, die sich für Kommunisten ausgaben. Es gab fast nur kommunistische Sekretariate und an Symbolen fast nur Sichel und Hammer. Vertreter anderer Organisationen traten in den Hintergrund.... Im Nachhinein erscheint es fast unverständlich, wie die Bevölkerung Wiens von den Kampftagen bis in den Mai 1945 ernährt wurde. Im April gab es keine geregelte Lebensmittelabgabe. Die Bezirksbürgermeister versorgten die Bevölkerung mit den von ihnen in Lagern und bei Geschäftsleuten beschlagnahmten Lebensmitteln.'

Herr Dr. Schärf widerspricht sich in diesen beiden angeführten Stellen. Er wundert sich, wer die Stadt Wien mit Lebensmitteln in der Zeit vom Befreiungstage bis zum Mai versorgte, bekrittelt aber, daß in erster Linie Kommunisten während dieser kritischen Zeit das Bild der Stadt beherrschten. Wo liegt die Wahrheit?

Die Wahrheit ist einfach. Während sich die Sozialisten und Bürgerlichen in der Mehrzahl vorsichtig im Hintergrunde hielten und abwarteten, bis ihre Stunde gekommen war, stellten sich die Kommunisten ohne Bedenken sofort an die Spitze. Sie übernahmen die Arbeit, die Mühen, die Verantwortung für das Leben und für die Gesundheit der Bewohner ihrer Bezirke. Es ist wahr: nach der Befreiung stellten die Kommunisten in den meisten Bezirken den Bezirksvorsteher. Die Bezirksausschüsse aber setzten sich aus den Vertretern der beiden Arbeiterparteien zusammen. Nur vereinzelt arbeiteten auch Vertreter der Volkspartei in den Bezirksausschüssen mit. Der Ausgang der Wahlen 1945 änderte das Verhältnis. Die Sozialisten machten vom Proporz Gebrauch und besetzten mit der Volkspartei die leitenden Stellen in den Bezirken. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, der Mohr konnte gehen. Die opferwilligen Mitarbeiter in den Bezirksausschüssen bekamen von der Mehrheit im Senat und im Gemeinderat den 'Dank vom Hause Habsburg'... Tatsache ist, daß bei der Konstituierung der Bezirksausschüsse und der Aufrichtung der Bezirksverwaltungen die Kommunisten an die Wand gedrückt wurden. Menschen, denen Wien Ungeheures zu verdanken hat, mußten Parteigeschobenen weichen, die man vorher nie gesehen hatte... Nicht nach Tüchtigkeit wurden nach den Wahlen die Bezirksverwaltungen besetzt, sondern nach Parteizugehörigkeit. Der Proporz beherrschte die Stunde. ...

Während einer Gemeinderatssitzung sagte mir einmal Vizebürgermeister Speiser: 'In alle Referate hast Du hineingespuckt, in meines aber nicht'. Er lächelte dabei in seiner mephistophelischen Art. Speisers Referat war das Personalreferat. Ich sagte: 'Das stimmt, Herr Vizebürgermeister, darum sieht Dein Referat auch entsprechend aus!' Diese Antwort bezog sich auf die Tatsache, daß die Nazireinigung im Rathaus ein unbequemes Ding war. Das Bauamt der Stadt Wien zum Beispiel war eine Nazidomäne. Im Wohnungsamt gebärdeten sich die Nazis als unentbehrlich. Wohl gab es eine Nazisäuberungskommission. Deren Mühlen mahlten merkwürdig langsam und erbrachten wenig Ertrag. Eine Krähe hackte der anderen kein Auge aus.

Meine Anstrengungen, das Rathaus nazirein zu machen, wurden offenkundig sabotiert. Auch hier einige Beispiele. Ich hatte eine Liste von 24 Wohnungsamtnazis anlegen lassen und brauchte zur Kontrolle die Personaldaten dieser Nazi. Der Bürgermeister, veranlaßt durch den Magistratsdirektor Dr. Krischka, verweigerte mir die Einsicht in die Personalkartei, obwohl ich als Vizebürgermeister dazu das Recht hatte... Kurze Zeit danach legte ich dem Bürgermeister (Körner, Anmerkg. d. Red.) eine Liste mit 45 Namen vor und verlangte die gesetzliche Behandlung dieser Nazi. Dies Verlangen wurde vom Bürgermeister abgelehnt... Ich verlangte, daß die Nazis, die man im Rathaus duldete, keine Posten einnehmen dürften, auf denen sie mit dem Publikum in Berührung kommen oder auf denen sie den Parteien Schaden oder Nutzen zufügen können. Auch das wurde abgelehnt. Das Wohnungsamt und das Bauamt blieben nach wie vor eine Freistatt für die Nazis, ebenso wie das Rechtsbüro der Stadt Wien...

In den ersten Monaten nach der Befreiung, etwa bis zur Ankunft der westlichen Alliierten, machte ich interessante Beobachtungen über das Gesellschaftsleben Wiens. Die großen Herren des alten Staatsapparats, der Industrie und der Finanzen waren verschwunden. Ab und zu tauchte einer der Vorgestrigen in meinem Arbeitszimmer im Rathaus auf. Natürlich nicht um meiner schönen Augen willen, sondern um wieder Anschluß an das Ganze zu suchen, in erster Linie in materieller Hinsicht. Die ganze Stufenleiter der Bürokratie lernte ich auf solche Weise kennen: Direktoren, Professoren, Künstler, Projektanten, Spekulanten und auch Hochstapler. Alle diese Kategorien hatte mein Schreibtisch gesehen. Die Stimmung dieser Menschen war gedrückt, bei vielen verzweifelt... Gegen Ende 1945 änderte sich aber das Bild. Der Staatsapparat füllte sich auf mit aus dem Westen kommenden Männern; wichtige, verantwortliche Verwaltungsstellen wurden Personen übertragen, die man vorher nie gesehen hatte und ehe man sich dessen versah, waren alle Kommandostellen in Händen von Emporkömmlingen. Einer reichte dem andern die Hand. Saßen diese Gestalten aber einmal fest, dann legten sie die Maske der Unterwürfigkeit ab und zeigten ihr wahres Gesicht: Herrschsucht, Überheblichkeit, Raffgier, politische Reaktion, Dummheit. Und das regiert heute Österreich!"



Ende März d. J. stattete der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Genosse Tschu En-lai, dem sozialistischen Albanien einen Freundschaftsbesuch ab. Unser Bild zeigt die überaus herzliche Verabschiedung Tschu En-lais durch die Genossen Enver Hodscha und Mehmet Shehu auf dem Flugplatz der albanischen Hauptstadt.

US-Aggressionen ohne Ende

Immer unverschämter spielen sich die USA als Weltgendarm Nr. 1 auf, terrorisieren ein Land nach dem andern, werfen ihre Soldateska, wohin es ihnen paßt. Panama, Kuba, Kongo, Vietnam, und nun die Dominikanische Republik - der US-Imperialismus ist tatsächlich der schlimmste Aggressor aller Zeiten, der Hauptfeind aller Völker, die Pestbeule der Welt geworden. Nur die vernichtende Niederlage der US-Soldateska, wo immer sie ihr blutiges Handwerk betreibt, kann die Hoffnungen auf Frieden und Fortschritt steigen lassen.



Im Bild US-"Ledernacken" im Straßenkampf gegen die Einwohner von Santo Domingo, die sich erlaubt haben, ihren Präsidenten selbst wählen zu wollen.

Kirchliches, allzu kirchliches ...

DIE "ZEITKRANKHEITEN" DES "TAGEBUCH"

In seiner Jubiläumsnummer (April 1965) nennt das "Tagebuch" in einem Artikel, auf dessen Erstabdrucksrecht es offenbar stolz ist, die "Zeitkrankheiten", die heute grassieren. Unter anderem finden wir darunter die folgende "unheilige" Dreieinigkeit:

"Rücksichtslosigkeit, Gleichgültigkeit, Religionslosigkeit".

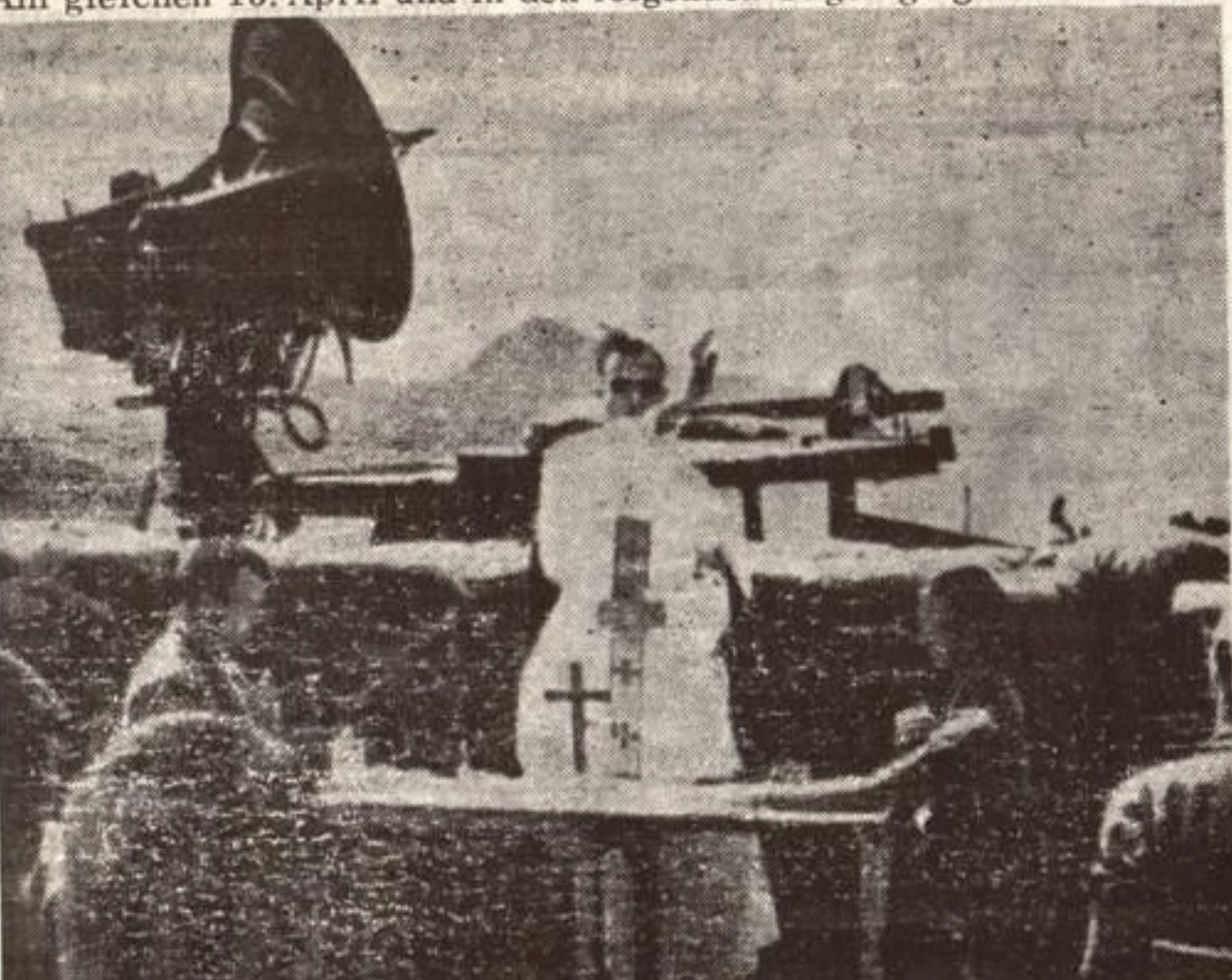
Nun - es ist das gute Recht einer Zeitung, für die eine oder andere Art Religion oder für alle Religionen zusammen Reklame zu machen. Aber daß eine Pauschalverurteilung aller Religionslosen heute ausgerechnet eine Zeitung unternimmt, die vom Zentralkomitee der KPÖ finanziert wird und als deren presserechtlich Verantwortlicher der ständige Referent des Freidenkerbundes, der Mitarbeiter der Propagandaabteilung des ZK der KPÖ Walter Hollitscher zeichnet - das zu verstehen erfordert schon ein besonderes Maß höherer politischer Mathematik, oder - um im Bild zu bleiben - ein besonderes Maß an "Rücksichtslosigkeit" und "Gleichgültigkeit" gegenüber allen Grundsätzen.

★

VON ALLEN GUTEN GEISTERN VERLASSEN

Am 15. April hielt es die "Volksstimme" für angebracht, in einer Schlagzeile auf der Titelseite den Umstand zu feiern, daß die erzreaktionäre "Pax Christi"-Organisation eine Kundgebung im Wiener Stephansdom ankündigte, bei der auch "Ernst Kirchweger und das Vietnam-Problem ins Gebet eingeschlossen" werde. Die jesuitische Heuchelei, mit der sich hier der Klerus der Leiche eines von ihm Exkommunizierten bedient, um eine monströse Augenauswischerei zu betreiben, müßte auf jeden Kommunisten und Antifaschisten, ja auf jeden Menschen mit ein bißchen Vernunft und Charakter wie ein Brechmittel wirken. Auf die "Volksstimme" wirkt es wie Balsam. Sie erblickt darin einen neuen Beweis dafür, wie grundsätzlich sich die Kirche gewandelt habe. Daß die Kirche sogar schon im Mittelalter für jene gebetet hat, die sie selber auf den Scheiterhaufen setzte und lebendig verbrennen ließ, was tuts!

Am gleichen 15. April und in den folgenden Tagen ging das nebenstehende Foto durch die internationale (und auch österreichische) Presse, das zeigt, wie auf dem Flughafen Da Nang in Vietnam ein Pfarrer die amerikanischen Mordwaffen segnet sowie die Banditen, die sie gegen ein sozialistisches Land einsetzen. Es erübrigt sich zu sagen, daß die "Volksstimme" dieses Bild ihren Lesern unterschlug. Offenbar will sie ihre Leser nicht gegen den Klerus aufbringen, sondern für ihn gewinnen.



KOMMUNIONSKERZEN UND JONAS-WIMPEL



Wie uns die "Arbeiter-Zeitung" vom 27. April 1965 versichert, ist das eine durchaus brauchbare Mischung. Um das zu demonstrieren, zeigt sie uns im Foto, wie Jonas in Salzburg an die Kinder, die gerade von ihrer ersten Kommunion kommen, Schokolade verteilt. In der Kirche die Hostie, vor der Kirche die Schokolade - wenn den Kinderchen nur nicht schlecht wird.

★

DIE ALTE UHR

Wie die Nachrichtenagentur UPI meldet, hat Papst Paul VI. dem SP-Vizeministerpräsidenten Nenni bei dessen Besuch im Vatikan am 12. April ein Geschenk übergeben, das seiner besonderen Bedeutung wegen von der bürgerlichen Presse sehr beachtet wurde. Es handelt sich um die Uhr, die früher dem Papst Johannes XXIII. gehörte und von diesem an seinen Nachfolger weitergegeben wurde. Das Organ der italienischen Sozialisten, "Avanti" unterstrich am 16. April den außerordentlichen Wert des päpstlichen Geschenkes und gab bekannt, daß Nenni dem Papst seinerseits ein wertvolles Geschenk mitgebracht hatte: ein in kostbares Material gebundenes Buch, das die Lobrede Nennis über die päpstliche Enzyklika "Pacem in terris" (vor den Vereinten Nationen in New York) sowie den Text dieser Enzyklika enthält.

Uns scheint, daß man nicht auf die päpstliche Uhr zu schauen braucht, um zu wissen, wieviel es geschlagen hat.

★

POLIZEI GEGEN ATHEISTEN

Unter diesem triumphierenden Titel gab die österreichische "Presse" am 26. April eine Meldung der Nachrichtenagenturen Reuter und AP wieder, daß rund 150 Polizisten aufgeboten wurden, um eine kirchliche Kundgebung "vor Belästigungen durch kommunistische Jugendliche zu schützen, die mit atheistischen Parolen demonstrierten". Auch einige Zeitungen hätten sich scharf gegen die atheistischen Jugendlichen gewandt und gegen eine Schriftstellerin polemisiert, die als Verfasserin vielgelesener atheistischer Schriften bekannt sei. Ort der Handlung: Moskau!

★

DIE SPRACHE DER GEGNER

Ein Leser der "Roten Fahne" sandte uns einen Ausschnitt aus der Jänner-Nummer 1965 des "Tagebuch", der kulturpolitischen Zeitschrift der KPÖ. Diese Zeitung widmete fast eine ganze Seite der Darstellung des Themas "Kirche und Gesellschaft" durch einen katholischen Publizisten. Doch nicht so sehr das, was der Katholik schrieb, ist in diesem Fall interessant, sondern der kurze einleitende Kommentar, den das "Tagebuch" dem Ganzen voranstellt und in dem es mitteilt, daß der Wortlaut des abgedruckten Vortrags "gemeinsam mit einem Bericht über die Reise Wilfried Daims nach der Sowjetzone" demnächst als Buch erscheine.

Ist es ein bloßer Zufall, daß das "Tagebuch" Hand in Hand mit der "Abschaffung" des Atheismus gleich auch die Deutsche Demokratische Republik "abschafft" und sie ganz im Jargon der antikommunistischen Hetzpresse in "Sowjetzone" umbenennt?

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN
VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

ERFREULICHES UND UNERFREULICHES VOM 1.MAI IN WIEN

Am Vorabend des heurigen 1. Mai führte die Redaktion der "Roten Fahne" im Saal der Hotel-Restauration Sitler im 14. Bezirk in Wien eine Mai-Veranstaltung durch, bei der nach einem Referat des Herausgebers der "Roten Fahne" einige Kurzfilme aus den Volksrepubliken China und Albanien gezeigt wurden. Die erschienenen rund 80 Genossen nahmen an der Veranstaltung regen Anteil und beteiligten sich leidenschaftlich an der Diskussion, die sich einerseits ausführlich mit der Frage der Hilfe für das heroisch gegen einen erbarmungslosen Aggressor kämpfende vietnamesische Volk, andererseits mit der Haltung der österreichischen Marxisten-Leninisten bei den kommenden Bundespräsidentenwahlen beschäftigte.

Von einigen Teilnahmern wurde anschließend die Frage aufgeworfen, ob nach der hemmungslosen Einschwenkung des ZK der KPÖ auf die Linie des Rechtsopportunismus und der Leisetreterei noch die Möglichkeit besteht, am Mai-Aufmarsch der KPÖ teilzunehmen. Trotz einiger gegenteiliger Meinungen bejahte der größere Teil der Versammlung diese Frage, forderte allerdings, daß das in einer offenen und eindeutigen Form geschehen müsse. Eine Gruppe kommunistischer Erdölarbeiter, die an der Veranstaltung teilnahm, erklärte darauf, alle jene Genossen, für die eine Teilnahme in Frage käme, die aber mit keinem bestimmten Bezirk marschieren wollten, herzlichst einzuladen, im Kreise der Erdölarbeiter mitzumarschieren. Die Erdölarbeiter, so erklärten sie, würden es sich als Ehre anrechnen, wenn eine Abordnung der um die "Rote Fahne" gescharten Kommunisten einschließlich des Genossen Franz Strobl an ihrer Seite für die Solidarität mit den vietnamesischen Brüdern demonstrieren würden. Die Einladung löste großen Beifall aus und nach der Versammlung blieb eine größere Anzahl von Genossen im Saal zurück, um sofort ein geeignetes Transparent herzustellen. Man einigte sich auf die Losung:

"MIT ALLEN VERFÜGBAREN WAFFEN
GEMEINSAM GEGEN DEN US-AGGRESSOR!"

Da die Herbeischaffung der nötigen Materialien längere Zeit in Anspruch nahm, wurden die Genossen erst nach Mitternacht mit dem Transparent fertig.

Am folgenden Vormittag fanden sich vereinbarungsgemäß an die 50 Genossen am Treffpunkt der Erdölarbeiter ein, von denen sich allerdings ein Teil sofort wieder entfernte, als einige Angestellte des Parteiapparats der KPÖ ihr Mißfallen an der Teilnahme von Anhängern der "Roten Fahne" am Mai-Aufmarsch äußerten.

Kurz danach erschien eine Gruppe von Funktionären der BO ÖMV und verlangte, den auf dem noch zusammengerollten Transparent stehenden Text zu sehen. Das Transparent wurde entrollt, die Parole gelesen und akzeptiert. Die Inspizierenden entschuldigten sich sogar, die Überprüfung nur ordnungshalber durchgeführt zu haben und bekräftigten die am Vortag erfolgte Einladung.

Was sie zunächst aber nicht sahen, da sie mit dem Rücken zu ihm standen, war die eilige Annäherung des ZK-Mitglieds und Stadtleitungsmanagers Alois Peter, der in vorsichtiger Entfernung stoppte und "Nein!" deutete. Zehn Minuten später erschienen die ÖMV-BO-Funktionäre neuerlich, diesmal mit der Mitteilung, es sei beschlossen worden, die Mitnahme des Transparents und die geschlossene Teilnahme von Anhängern der "Roten Fahne" an der Demonstration zu verbieten. "Schauts, Genossen, das ist ein Beschluß, und darüber können wir nicht diskutieren", verantworteten sich nun jene, die kurz zuvor noch mit der Einladung einverstanden waren. Dennoch kam es zu einer lebhaften Diskussion, nach der sich etliche Genossen empört entfernten und versprachen, gründliche Konsequenzen aus diesem beschämenden Vorfall zu ziehen.

Da unter den noch verbleibenden rund 30 Genossen fast die Hälfte aus Stadlau war, reihte sich die Gruppe nun in den Stadlauer Bezirkszug ein, von wo sie lebhaft begrüßt wurde.

Auf dem Schwarzenbergplatz erfolgte dann der erste Versuch, die Gruppe mit Hilfe einiger beamteter Apparatleute aus diversen Sekretariaten aus dem Zug zu vertreiben.

Als das nicht gelang, folgte vor dem Hotel Imperial und kurz danach noch ein zweiter und ein dritter derartiger Versuch, wobei sich die Herren Wilhelm Wehofer aus dem 12. und Eduard Heller aus dem 21. Bezirk als besonders erbärmliche Werkzeuge der im Hintergrund agierenden Drahtzieher erwiesen, herumschrien und Anstalten machten, ein Handgemenge zu inszenieren.

Alle diese skandalösen Versuche scheiterten jedoch innerhalb weniger Minuten. Sie scheiterten einerseits an der Disziplin der das Transparent tragenden Genossen, vor allem aber an der Welle von Solidarität, die sie unter den anderen Demonstrierenden und seitens der im Spalier stehenden Genossen fanden. Dutzende empörte Genossen redeten auf die ins Feuer geschickten Apparatleute ein: "Vor jedem Nichtkommunisten, der mitgehen würde, würdet Ihr Euch bis zur Erde verbeugen, jedem oppositionell tuenden Kirchenfreund rennt Ihr nach und für einen Jonas sind Euch die größten Plakate nicht zu teuer - aber ehrliche Kommunisten wollt Ihr nicht für Vietnam demonstrieren lassen!" - mit solchen und so ähnlichen Argumenten drangen von allen Seiten her die Genossen auf die Apparatschiks ein und zwangen sie zu einem raschen Rückzug. Sie gaben schließlich ihre Versuche, die Demonstration zu "säubern" und zu "zensurieren", als hoffnungslos auf.

Die Parole der 30 Genossen, die sich unter solchen Schwierigkeiten ihre Teilnahme am Mai-Aufmarsch ertrotzt hatten, fand überall im Spalier Zustimmung und Beifall. Nur auf der Tribüne vor dem Parlament verlor der Ansager Leopold Spira für kurze Zeit den Faden und sanken etliche zum Gruß erhobene Hände unsicher herunter, als man hinter dem Solidaritätstransparent für Vietnam auch einige bekannte Aktivisten der "Roten Fahne" erblickte.

Die aus einer spontanen Initiative entstandene Aktion war alles in allem ein Erfolg und zeigte anschaulich, wieviel Unterstützung die "Rote Fahne" unter den einfachen Mitgliedern und Aktivisten der Partei findet, wie völlig unmöglich es ist, die "Rote Fahne" innerhalb der Partei zu verfemen und zu isolieren. Zugleich zeigte sie aber, daß für Kommunisten, die den Revisionismus ablehnen und den Rechtskurs des ZK nicht mitmachen wollen, immer weniger Möglichkeiten bestehen, an offiziellen Aktionen der KPÖ teilzunehmen.

> Kurz vor Erscheinen dieser Nummer der "Roten Fahne" haben uns Kommunisten aus einem Wiener Betrieb 250 Schilling überbracht, die dort als Solidaritätsspende für die südvietnamesischen Freiheitskämpfer gesammelt wurden. Wir danken den Genossen für diesen herzlichen Solidaritätsbeweis und das uns bewiesene Vertrauen und werden für die Weiterleitung des Betrags sorgen.
>
> DIE REDAKTION

EINE LEHRE DER STEIRISCHEN GEMEINDERATSWAHLEN

Am 25. April fanden in der Steiermark (außer in Graz) Gemeinderatswahlen statt, deren Ergebnis in der Presse der KPÖ wie üblich und trotz der wachsenden Verehrung des bürgerlichen Parlamentarismus nur wenig beachtet wurde. Lediglich einen Einspalter auf Seite 4 hat die "Volksstimme" diesem Wahlergebnis gewidmet und es vermieden, einen detaillierten zahlenmäßigen Überblick zu geben, anscheinend, weil sie mit Recht fürchtet, daß das Wahlergebnis nicht zugunsten der von ihr unterstützten revisionistischen Politik spricht.

Die österreichischen Chruschtschowianer werden nicht müde zu erzählen, daß ihr Kurs der ideologischen Aufweichung, Pazifizierung und Entmannung der KPÖ unbedingt notwendig sei, um Masseneinfluß zu gewinnen. Die Situation in der Steiermark, wo der Revisionismus seit langem besonders weit fortgeschritten ist, zeigt, was von diesem Gerede zu halten ist.

804 steirische Gemeinden haben diesmal gewählt und in 754 von ihnen gab es keine Kandidatur der KPÖ mehr. Sogar in den 50 Gemeinden, in denen KPÖ-Listen blieben, ist die Zahl der KPÖ-Stimmen gegenüber den letzten Wahlen um weitere mehr als 2.000

zurückgegangen, hat die Zahl der Mandate um ein weiteres Viertel (von 44 auf 34) abgenommen. Über eine halbe Million Wähler gingen zur Urne - nur 11.376 davon gaben noch ein kommunistisches Stimmzettel ab (2,12 Prozent statt 2,65 Prozent bisher). So sieht der Erfolg der Auflockerung, der Anpassung und des "Durchbrechens der Isolierung" in einem der industriellen Schwerpunkte Österreichs aus, wie sie die Revisionisten empfehlen.

Dabei steht außer Frage: Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Politik einer kommunistischen Partei mißt sich nicht an der Zahl der für sie abgegebenen Wählerstimmen. Aber daß der Ausverkauf kommunistischer Grundsätze nichteinmal Wählerstimmen zu bringen vermag, sondern sogar noch zur Abwanderung traditioneller KP-Wähler führt, müßte doch zu denken geben.

Und tatsächlich, warum sollte man denn überhaupt noch KPÖ wählen, wenn sich diese von der durch und durch verbürgerlichten SPÖ immer weniger unterscheidet? Wer bisher die KPÖ gewählt hat, wollte offensichtlich gegen die Koalitionsparteien und ihr neofaschistisches Anhängsel demonstrieren, eine Tat des Protestes setzen, der erbärmlichen Heuchelei und Demagogie des offiziellen Österreich entgegentreten. Wenn eine KPÖ-Stimme das alles aber nicht mehr ist, dann muß ers wählen entweder aufgeben oder kann sich gleich auch dort einreihen, wo man der KPÖ an Opportunismus immer ein Stück voraus sein wird: bei der SPÖ.

"Die Kommunisten haben diesmal nur in rund 50 steirischen Gemeinden kandidiert, wobei in einigen Industrieorten von einer Kandidatur Abstand genommen wurde, wenn es dort darum ging, eine reaktionäre Mehrheit zu brechen", schrieb die "Volksstimme" am 27. April. Sie plauderte damit aus, daß das ZK der KPÖ seine Politik des Unterschlüpfens bei der SP, die es schon bei den burgenländischen Landtagswahlen und mit einem bisherigen Maximum an Selbstverleugnung bei den Bundespräsidentenwahlen führt, nun auf der Ebene aller Wahlen von oben bis unten weiterzutreiben gedenkt. Das bedeutet aber auch, daß der effektive Einfluß der KPÖ weiter zurückgehen wird.

★

ZUR THESENDISKUSSION IN DER "VOLKSSTIMME"

Mit sichtlichem Stolz auf das erreichte Maß innerparteilicher Demokratie und Meinungsfreiheit verweisen einige Referenten des Zentralkomitees auf die Tatsache, daß in der "Thesen-Diskussion" in der "Volksstimme" auch schon mehrere Beiträge abgedruckt wurden, die diese Thesen entschieden ablehnen, ja sie vernichtend kritisieren. Dazu sind einige aufklärende Worte nötig.

Tatsächlich hatte das ZK nicht die Absicht, allzu kritische Diskussionsbeiträge zuzulassen und versandte an die Verfasser solcher Beiträge in mehreren Fällen Briefe, in denen sie zu einer "Aussprache" über den Inhalt ihrer Diskussionsbeiträge vorgeladen wurden. Diese Aussprachen erwiesen sich als direkte Versuche, den Diskutierenden bestimmte Argumente "abzukaufen", ihnen Korrekturen und Zensuren aufzunötigen oder sie zum Verzicht auf den Abdruck zu bewegen. In einigen Fällen ist das auch gelungen, in anderen nicht. In dem einen Fall hat die direkte Erwähnung der "Roten Fahne" den Ausschlag gegeben, im andern ihr bloßes Vorhandensein und die potentielle Möglichkeit, sich gegebenenfalls an sie zu wenden.

Als ein bezeichnendes Beispiel dieser Sachlage mag ein Brief dienen, den das Mitglied der "Kommission zur Führung der Diskussion" Alois Kihs am 24. März an den Parteiaktivisten Johann Bek, einen langjährigen bewährten Kommunisten, schrieb und in dem er zur Kenntnis brachte, daß vor der Veröffentlichung seiner Diskussionsbeiträge eine "Aussprache" angebracht sei.

Genosse Bek war mit Recht irretiert und antwortete per Einschreiben wie folgt:

"Lieber Genosse Kihs!

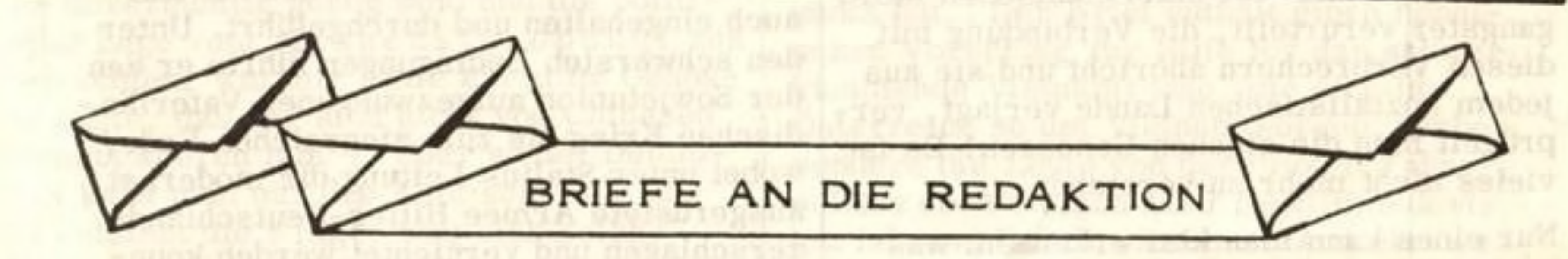
Deinen Brief habe ich erhalten und will Dir dazu nur sagen: Ich habe mir meine Diskussionsbeiträge gründlich überlegt und werde jetzt nicht über ihren Inhalt verhandeln. Entweder es gibt eine freimütige Diskussion, dann druckt meine Beiträge ab - oder es gibt keine ernste Diskussion, dann sprecht das offen aus und ich werde sie der 'Roten Fahne' bringen, die sie bestimmt ohne lange Verhandlungen abdrucken wird.

Mit Parteigruß: Johann Bek"

Die Folge war ein beleidigter Brief, den Alois Kihs, diesmal im Namen der Wiener Stadtleitung der KPÖ, zurückschrieb und - die ungekürzte Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge des Genossen Bek.

Doch auch die "Strafe" ließ nicht lange auf sich warten. Genosse Bek war in der Jahresversammlung seiner Grundorganisation am 5. April als Delegierter zur Margaretner Bezirkskonferenz gewählt worden. Er erhielt die notwendige Delegiertenkarte am Donnerstag, den 22. April, zugestellt. Die Bezirkskonferenz selbst hatte aber schon am Mittwoch den 21.4. stattgefunden, war also schon vorbei. Die Bezirksleitung hatte die Delegiertenkarte laut Poststempel erst am Nachmittag des 20. April aufgegeben und noch dazu nicht im 5. Bezirk, sondern im 10. Bezirk, sodaß keine „Gefahr" bestand, daß sie Genosse Bek rechtzeitig erhalten würde.

Auf der Bezirkskonferenz polemisierte der Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission der KPÖ, Josef Tschofenig, gegen die Auffassungen des Genossen Bek. Zugleich wurde mit Befremden festgestellt, daß dieser trotz "ordnungsgemäßer Einladung" nicht zur Konferenz erschienen war. Es war somit klar, was von ihm und seinen Argumenten zu halten war.



BRIEFE AN DIE REDAKTION

DIE EINZIGE LÖSUNG IN VIETNAM...

Genosse S.K. aus Wien sendet uns den Ausschnitt aus dem Leitartikel von Otto Janecek in der "Volksstimme" vom 17.3. 1965, in dem es heißt, daß der "militärische Konflikt in Südvietnam nur durch eine friedliche Initiative und auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden kann". So positiv diese Bemerkung einem oberflächlichen Leser scheinen mag, so sehr geht sie am Wesen der Sache vorbei, schreibt unser Korrespondent, so sehr steht sie auch im Gegensatz zu den Notwendigkeiten der Situation und zu den berechtigten Forderungen des vietnamesischen Volkes selbst:

"Die Herrschaften reden - mit Krokodilstränen in den Augen - von 'Waffenstillstand', 'Verhandlungen' und 'Frieden', womit nur die Aggressoren auf kaltem Wege das erhalten sollen, was ihnen auf heißem zu erreichen mißlungen ist! Weder Genf 1954 noch sonst irgendein internationaler Rechtsakt hat den Amis ein Recht gegeben, in Indochina etwas zu reden; sie haben eine Aggression begangen und furchtbares Unheil angestiftet; das Volk hat sich gegen sie empört und wirft sie buchstäblich hinaus; da rufen sie die Herren 'Pazifisten' zu Hilfe, die ihnen helfen sollen, dieses Volk, das heute an der entscheidenden Front für die ganze Welt kämpft, zu versklaven! Der niederträchtige 'Friedens'-Betrug, der hier vor sich geht, ist leider nicht garso leicht zu entlarven - umso mehr muß man sich drum bemühen. 'Go home!' ist die einzige Lösung in diesem Konflikt!"

●

KEIN PAKTIEREN MIT DEM BLUTGIERIGEN USA-IMPERIALISMUS!

Genosse G. aus Niederösterreich schreibt uns:

"Die RF werde ich an die Arbeiter bringen, so gut es mir eben möglich ist... Meine Nerven sind nicht mehr am stärksten. Dies verdanke ich zu einem ordentlichen Teil der Politik selbst. Viele Stunden bei aller Tag- und Nachtzeit und allem Wetter habe ich für die Partei gearbeitet. Viele Stunden bin ich mit dem Fahrrad in die Bergtäler gefahren oder zu Fuß oft weit zu entlegenen Holzfällerhäusern gegangen, oft nur wegen einer einzigen 'Volksstimme'... Es ist nicht mehr

notwendig, lange darüber zu reden.

An Stalin habe ich fest geglaubt - wie furchtbar war der Ärger und meine Entrüstung, als die eigenen Genossen Stalin so gemein beschmutzt und beschimpft haben. Noch heute könnte ich jedem einzelnen dieser Heuchler und Pharisäer in das Verrätergesicht spucken. Soviel Schande haben sie uns angetan.

Und heute noch immer solche Erlebnisse! Erst vor wenigen Tagen wurden eine Reihe der besten Jungen verprügelt, weil sie gegen die amerikanischen Bombenangriffe auf unsere Freunde in Nordvietnam protestiert haben. Dies in der ersten sozialistischen Hauptstadt der Welt, in der Stadt, wo der große Lenin und Stalin viele Jahre gelebt und gearbeitet haben für den Frieden und den Sozialismus! Ist dies nicht eine furchtbare Schande?

Anstatt daß man die amerikanischen Mordgangster verurteilt, die Verbindung mit diesen Verbrechern abbricht und sie aus jedem sozialistischen Lande verjagt, verprügelt man die eigenen Genossen! Es ist vieles nicht mehr zu verstehen...

Nur eines kann man klar erkennen: was Recht und was Unrecht ist. Die verbrecherischen Angriffe der Amerikaner auf friedliche Völker in Südostasien sind ein zu verdammendes Unrecht. Nun blasen sie noch Giftgas aus und dazu schweigt die ganze Meute der Herren Demokraten, die Bischöfe und der Papst!

Man muß doch endlich etwas tun! Kann man zusehen, wie täglich wehrlose Menschen, Frauen, Kinder, Greise, Bauern auf dem Felde, Arbeiter in den Fabriken, Angestellte in Büros und Kranke in den Spitälern mit Bomben, Napalm und Gas umgebracht werden? Es ist eine einzige Kette von ruchlosen Verbrechen, die die amerikanischen Kriegsbrandstifter täglich von neuem in Nordvietnam, Südvietnam, Laos und Kambodscha begehen. Und die Welt? Wer schweigt, macht sich mitschuldig, macht sich an diesen verbrecherischen Aktionen der Amerikaner mitverantwortlich!...

Alle freiheitsliebenden Völker und Menschen will der USA-Imperialismus in Ketten schlagen, dies ist Ziel und Weg des heutigen Amerika. Darum gibt es nur eine gemeinsame Front aller fortschrittlichen Kräfte ohne Unterschied der Rasse, Nation, Religion und Hautfarbe - alle Kraft geeint gegen den räuberischen, blutgierigen, alles vernichtenden USA-Imperialismus! Wir lieben den Frieden und wollen den Frieden, darum verdammen und verurteilen wir ein Amerika, das uns, das die ganze Welt in einen furchtbaren Krieg zerrt.

Der Frieden muß gerettet - der USA-Imperialismus muß geschlagen werden!"

●

EIN ALTER PARTEIAKTIVIST SCHREIBT

"Zum jüngsten Weltraum-Erfolg der Sowjetunion schreibt eines der größten Hetzblätter, daß der erhebliche Vorsprung der Sowjets auf dem Gebiet der Raumforschung auf frühzeitige Anordnungen Stalins zurückzuführen ist. So schreibt eine bürgerliche Zeitung über den Weitblick Stalins!

Nach Lenins Tod erinnerte er an Lenins Vermächtnis, der Kommunistischen Internationale treu zu bleiben und hat das auch eingehalten und durchgeführt. Unter den schwersten Bedingungen führte er den der Sowjetunion aufgezwungenen Vaterländischen Krieg bis zum siegreichen Ende, wobei unter Stalins Leitung die modernst ausgerüstete Armee Hitler-Deutschlands zerschlagen und vernichtet werden konnte. Unter Stalin hätte es keine Kuba-Krise gegeben und die heutigen Zustände in Vietnam schon garnicht. Und diesen Mann besudelt man nach seinem Tod und entfernt seinen Leichnam aus dem Mausoleum mit der Begründung, er habe so schwere Fehler begangen. Jawohl, er hat Fehler begangen. Der schwerste war, daß er nicht alle Revisionisten davongejagt hat und nach seinem Tod Chruschtschow, der übelste Revisionist, an die Macht kommen konnte.

Diesen ganzen Anti-Stalin-Kurs akzeptiert heute die 'Volksstimme'. In früheren Jahren habe ich ab und zu die AZ gelesen, aber in letzter Zeit konnte ich nicht einmal mehr fünf Minuten hineinschauen, denn sie ekelte mich so an, daß ich sie beiseite legen mußte. Ich fürchte nun, daß es mir bald auch so gehen wird, wenn ich die 'Volksstimme' in die Hand nehme...

Vom Ausschluß aus der Partei habe ich keine Angst, denn sie haben keinen anderen Grund als den, daß ich immer noch der alte bin, der ich seit 40 Jahren war. Schließlich bin ich ja nicht wegen Fürnberg Kommunist geworden, war schon einer, da hat er vielleicht noch die Schulbank gedrückt."

Michael Roth
Wien 10.,

DIE TRAURIGE LAGE IN DER KPÖ

Genosse St. A. aus Oberösterreich berichtet uns:

"In der Beilage sende ich Dir eine Abschrift meines Schreibens an den Gen. Fürnberg... Ich war so empört, daß ich nicht umhin konnte, meiner Meinung durch einen Brief Ausdruck zu geben...

Nun hat mich Genosse B., mit dem ich in Mauerbach in der Parteischule war und mit dem mich schon seit damals bezüglich seiner Ansichten über die Parteiarbeit eine gewisse Sympathie verband, auf die 'Rote Fahne' verwiesen und ich bin froh, daß ich sehen kann, daß es doch noch ehrliche Kommunisten gibt, die nicht bereit sind, nur einfache Ja-Sager zu sein.

Es ist natürlich sehr schwer, gegen eigene Genossen zu polemisieren, besonders wenn sie unvernünftig genug sind und die politische Lage vom Rassenstandpunkt aus betrachten, wie mir heute ein alter Genosse sagte, daß 'er sich nicht von Chinesen kommandieren läßt'! Über soviel Dummheit kann man nur den Kopf schütteln und es entsteht die Frage, was sich solche Leute eigentlich unter Kommunismus vorstellen...

Die 'Neue Zeit' war vor Bestehen der Differenzen für mich meine Zeitung, doch habe ich seit November 1963 den Inhalt viel kritischer betrachtet. Er hat sich seit dieser Zeit sehr gewandelt gegenüber früheren Jahren, d.h. es ist gar kein großer Unterschied zwischen einer SP-Zeitung und ersterer. Das sind die Folgen den Chruschtschowschen Politik.

Auch 'Weg und Ziel' war für mich laufend meine Schulungslektüre, doch die ewig gleiche gehässige Schreibweise gegenüber den chinesischen Genossen ging mir auf die Nerven, sodaß ich seit Beginn des Jahres 1964 nicht mehr Bezieher dieser Parteischrift bin.

Die 'Sowjetunion heute' habe ich jahrelang mit Begeisterung an Leute mit anderer Gesinnung verteilt, doch auch dies mußte ich, um mein Gewissen als Arbeiter nicht zu schänden, einstellen, denn ich wollte nicht dazu beitragen, daß auf uns Kommunisten noch mehr Kübel von Dreck abgeladen würden.

Mein Wunsch ist, daß das Kollektiv weiterhin mit Erfolg seine Aufklärungsarbeit macht und daß die Vernunft in unseren Reihen wieder Platz gewinnt, daß die Schande der Entehrung vieler Opfer auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes zunichte gemacht wird."

PORTRÄT EINES MITARBEITERS DER "VOLKSSTIMME"

In der Fülle von Post, welche die Redaktion der "Roten Fahne" bekommt (und die wir leider nichteinmal immer beantworten, geschweige denn abdrucken können) findet sich manchmal auch der Brief eines Gegners. Vorausgesetzt, daß solche Briefe ein Mindestmaß an politischem Niveau haben, sind wir auch für sie sehr dankbar. Mehr noch: Manchmal sind wir sogar für Zuschriften dankbar, die dieses Niveau vermissen lassen.

So verhält es sich zum Beispiel mit dem Brief, den uns der Mitarbeiter der "VSt", Herr Walter Annerl, am 1. April 1965, gewissermaßen als "Aprilscherz", gesandt hat. Der Brief enthält einen höhnischen Vorschlag zur Hilfe für das schwer kämpfende Vietnam: jene, die sich in Österreich so um Vietnam sorgen, insbesondere die Leute von der "Roten Fahne", sollten doch einfach als Freiwillige dorthin fahren! Damit wäre nach Ansicht des "Volksstimme"-Mitarbeiters Annerl offenbar zweien geholfen: Vietnam - und Österreich!

Der Revisionist Walter Annerl kommt sich mit seinem Aprilscherz über jenes Vietnam, in dem amerikanische Bomben gerade Frauen und Kinder zerfetzen und unsere Brüder an amerikanischem Giftgas ersticken, ungemein originell und witzig vor. Aber er irrt sich. Erstens hat es schon einmal internationale Brigaden gegeben und wir bekennen uns ohne Einschränkung zu der ehrenvollen und heldenhaften Rolle dieser Brigaden. Und zweitens ist der "Gspaß", den Walter Annerl entdeckt zu haben glaubt, schon uralt und in ähnlicher Form schon ungezählte Male von allen möglichen bürgerlichen Zynikern und Konterrevolutionären gegen die Kommunisten, Internationalisten und überhaupt gegen alle fortschrittlichen Kräfte gebraucht worden. Neu ist daran lediglich, daß nun auch Menschen, die im Zentralorgan einer sich kommunistisch nennenden Partei lange Artikel schreiben, auf ein solches Niveau der politischen Argumentation gelangt sind. Gerade darum finden wir an der Sache aber nicht die leiseste Spur eines Witzes, sondern halten sie für todernst und entsetzlich traurig.

F. St.

Marxistisch-leninistische Bruderparteien verurteilen die Moskauer März-Konferenz

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Japans über die Moskauer März-Konferenz

Nach einem in der „Akahata“ vom 22. März erschienenen Bericht erklärte Kenji Miyamoto, der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans, am 21. März auf einer Aktivistenversammlung in Tokyoto, daß das Ergebnis der Spalterkonferenz, die die Führung der KPdSU am 1. März einberufen hatte, den Bankrott der organisatorischen Linie des modernen Revisionismus zeigte.

„International“, sagte er, „zeigen die Ereignisse, die sich tagtäglich ereignen, der ganzen Welt, was für ein finsterer Aggressor der USA-Imperialismus ist. Die breiten Massen der Völker sehen deutlicher denn je, daß die Theorien und die Politik der modernen Revisionisten, die Kennedy und Johnson herausputzen sollen, vollständig falsch sind.

Die Führerschaft der KPdSU hat am 1. März im Zusammenhang mit Fragen, welche die internationale kommunistische Bewegung betreffen, eine Konferenz einberufen. Urteilt man vom Verfahren ihrer Einberufung und anderen Tatsachen, so ist unleugbar, daß diese Konferenz im wesentlichen eine Spalterkonferenz ist. Trotzdem behauptete das Kommuniqué, das von der Konferenz herausgegeben wurde, daß es angesichts der gegenwärtigen Aufgaben des Kampfes nötig sei, sich zu vereinen und einen Kampf gegen den USA-Imperialismus zu führen. Das ist genau, was die Kommunistische Partei Japans seit langem betont hat und was die einheimischen und ausländischen Revisionisten immer bekämpft oder mit Verachtung behandelt haben. Heute jedoch müssen auch sie solche Bekenntnisse machen. Yoshio Shiga, Shigeo Kamiyama und andere hatten gahofft, daß sich die Kommunistische Partei Japans weigerte, an dieser Konferenz teilzunehmen, die im Namen der Konferenz der sogenannten Redaktionskommission einberufen wurde, würden sie vielleicht das Glück haben, in der Eigenschaft als Beobachter dazu eingeladen zu werden und so das ‚Vertretungsrecht‘ zu gewinnen; am Vorabend der Konferenz mußte jedoch der Plan einer ‚Konferenz der Redaktionskommission‘ aufgegeben und stattdessen die Form eines Konsultativen Treffens angenommen werden. Dies zerschlug die Hoffnungen der parteifeindlichen Revisionisten in unserem Land.

So ging nach dem politischen Bankrott der revisionistischen Linie, der als ein Ergebnis des Sturzes Chruschtschows offenbar wurde, die organisatorische Linie des Revisionismus ebenfalls bankrott. Jedoch weigern sie sich noch immer, den vollständigen Mißerfolg des Revisionismus zuzugeben. Einen Beweis dafür bildet die erzwungene Einberufung der Spalterkonferenz. Zudem haben sie ihre Umtriebe, den antikommunistischen rechten Flügel der Sozialdemokraten und die parteifeindlichen Revisionisten in unserem Land zu mißbrauchen, nie abgebrochen, um unsere Partei und die demokratische Bewegung zu zerrütten.“

Miyamoto behandelte auch die gegenwärtige Lage und die Aufgaben, die sich der Kommunistischen Partei Japans bei der Kampagne für die Oberhauswahlen stellen. Ein wichtiger Zug der jüngsten Entwicklung ist, so erklärte er, daß die Empörung unter den Massen steigt und die kämpferischen Kräfte täglich stärker werden, da sich die Gegensätze zwischen dem USA-Imperialismus, dem japanischen Monopolkapital und der Reaktion auf der einen und dem Volk auf der anderen Seite außerordentlich verschärft haben.

Miyamoto betonte: „Wir werden den Wahlen unter diesen Umständen entgegengehen. Aus der gegenwärtigen Entwicklung können wir noch klarer erkennen, daß unser Parteiprogramm und die am IX. Parteitag angenommene Entschließung richtig und klar sind.

Die kommenden Oberhauswahlen sind ein sehr wichtiger Kampf für unsere Partei und die revolutionären Massen; denn sie finden zu einem Zeitpunkt statt, wo die aggressive Natur des USA-Imperialismus vollständig entlarvt und die opportunistische Natur des Revisionismus und sein Bankrott noch weiter bloßgestellt worden sind.

Man kann nach dem IX. Parteitag aus den Ergebnissen der lokalen Wahlen erkennen, daß unsere Partei im ganzen Land Fortschritte erzielt hat. Unsere Partei ist im Vergleich zur Zeit vor drei Jahren beträchtlich erstarkt. Die innere Kraft und die Einheit der Partei sind durch den bitteren Kampf gegen den Revisionismus ebenfalls stärker geworden. Wir werden deshalb bei den kommenden Wahlen Fortschritte erzielen, wenn wir unser Programm, die auf dem IX. Parteitag angenommene Politik und die gegenwärtigen Aufgaben tatkräftig in den Vordergrund stellen, die lebenswichtigen Interessen der Massen verteidigen und unser Äußerstes tun, um unsere richtigen Ansichten über die verschiedenen gegenwärtigen, die Massen tief berührenden Probleme aktiv zu propagieren, und unsere Tätigkeit darauf konzentrieren.“

D.N. Aidit über die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien

„Die Kommunistische Partei Indonesiens stimmt der Abhaltung einer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien nur dann zu, wenn sich die kommunistischen und Arbeiterparteien aller sozialistischen Länder über Zeit, Ort und Tagesordnung der Konferenz einigen“, erklärte D.N. Aidit, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI), am 27. März. Laut Presseinformationen der KPI vom 28. März sagte er dies, als er den Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft, P.P. Sewostinow, empfing.

Aidit erklärte: „Falls sich die kommunistischen und Arbeiterparteien aller sozialistischen Länder über diese Punkte einigen können, wird die Kommunistische Partei Indonesiens an der Konferenz teilnehmen; denn das wäre eine Konferenz, die die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung stärken würde.“

Er wies darauf hin, daß „das Treffen, das am 1. März auf Initiative des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ohne Zustimmung einiger kommunistischer und Arbeiterparteien begonnen hatte, Öl in die Flammen der Polemik in der internationalen kommunistischen Bewegung gegossen habe, die seit einiger Zeit nachzulassen begonnen hatte.“

Weiter führte er aus: „Gegenwärtig ist es unklug, eine Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien abzuhalten. Das bedeutet jedoch nicht, daß die internationale kommunistische Bewegung ohne eine solche Konferenz nicht besteht. Selbst ohne eine solche Konferenz besteht die internationale kommunistische Bewegung, und sie wird sogar an Stärke zunehmen. Die internationale kommunistische Bewegung bestand, und es ging ihr sehr gut in der Zeit, als es keine internationale Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien gab, nämlich zwischen 1943, als die Kommunistische Internationale aufgelöst wurde, und 1957, als die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien stattfand, auf der eine gemeinsame Erklärung angenommen wurde.“

Aidit warnte: „Die willkürliche Abhaltung einer internationalen Konferenz ohne ausreichende Vorbereitung wird die internationale kommunistische Bewegung sicherlich schwächen.“

In seiner Rede erklärte Aidit auch die sich von Tag zu Tag entwickelnde revolutionäre Lage in Indonesien im allgemeinen und den Kampf gegen die britischen und USA-Imperialisten im besonderen.

Er sagte: „Die Lage in Südostasien ist in der Tat sehr ernst, sie ist aber auch für die revolutionäre Bewegung in diesem Teil der Erde sehr günstig. Die gegenwärtige revolutionäre Lage in Indonesien wird sicherlich beim Antrieb der revolutionären Bewegung in Südostasien eine Rolle spielen.“

Die Kommunistische Partei Neuseelands

ZUR MOSKAUER MÄRZKONFERENZ

Nachstehend der volle Text der vom Politischen Komitee der Kommunistischen Partei Neuseelands über die spalterische Moskauer März-Konferenz veröffentlichten Erklärung. — Die Red.

Das Politische Komitee der Kommunistischen Partei Neuseelands trat am 19. März zur Erwägung des Kommuniqués zusammen, das von dem in Moskau vom 1. — 5. März 1965 abgehaltenen und aus Vertretern von 19 Parteien bestehenden Treffen herausgegeben worden war. In der Bewertung des Treffens und des Kommuniqués kam das Politische Komitee zu den folgenden Ansichten:

1. Das Kommuniqué zeigt hinter einer Fassade von „schönen Worten“ die Absicht der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die bankrotte Politik und Taktik Chruschtschows fortzusetzen und durch den Versuch, allen kommunistischen und Arbeiterparteien eine revisionistische Linie aufzuzwingen, weiterhin auf eine Spaltung der kommunistischen Weltbewegung hinzuarbeiten

2. Die Form und der Charakter des Treffens wurde von einer Redaktionskommission zur Vorbereitung

einer neuen Weltkonferenz degradiert und stattdessen wurde es in „Konsultatives Treffen" umbenannt. Trotzdem zeigt die Tatsache, daß es trotz Opposition und Protesten einer Anzahl kommunistischer Parteien, einschließlich der Kommunistischen Partei Neuseelands, abgehalten wurde, die Absicht der Einberufer — der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion — gegenüber den Parteien, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben sind, im wesentlichen denselben Kurs zu verfolgen wie Chruschtschow.

3. Das Kommuniqué versucht durch den Vorschlag für ein „Konsultatives Treffen" der 81 Parteien zur Vorbereitung einer neuen Weltkonferenz, konkret die Taktik zur Herbeiführung einer Spaltung fortzusetzen.

So ein „Konsultatives Treffen", abgehalten unter Umständen, in denen die Führungen jener Parteien, die den Revisionismus Chruschtschows unterstützen, praktisch dem Weg der Kapitulation vor dem Imperialismus folgen, muß unvermeidlich zu einer offenen Spaltung führen. Das Politische Komitee lenkt im Zusammenhang mit dem Treffen und dem Kommuniqué der 19 Parteien die Aufmerksamkeit auf folgende Punkte:

Erstens fand das Treffen zu einer Zeit statt, in der die USA-Imperialisten unverhohlene Aggressionsakte gegen ein sozialistisches Land, die Demokratische Republik Vietnam, durchführten. Diese Aggression — die eine Aggression gegen das gesamte sozialistische Lager darstellt — geht unvermindert weiter. Trotzdem haben die Führungen der KPdSU und der anderen sieben sozialistischen Teilnehmerländer, weder während des Treffens noch nachher, konkrete Schritte unternommen, um die Aggression praktisch zurückzuschlagen.

Diese Tatsache zeigt, daß die Worte des Kommuniqués, mit denen zur Einheit im Kampf gegen den Imperialismus aufgerufen wird, nichts anderes sind als hohler Betrug. Die Ereignisse zeigen mit absoluter Deutlichkeit, daß die Praxis, die von den modernen Revisionisten verfolgt wird, die Praxis der Kapitulation vor dem Imperialismus ist.

Die Aktionseinheit gegen den Imperialismus, zu der mit den „schönen Worten" des Kommuniqués aufgerufen wird, kann nicht auf der Praxis der Kapitulation vor dem Imperialismus errichtet werden. So eine Einheit wäre Betrug. Das würde bedeuten, die echten antiimperialistischen Kräfte den Bedürfnissen des Imperialismus unterzuordnen.

Der Prüfstein für jede kommunistische Partei ist ihre Praxis. In einer Situation, in der der Imperialismus einen Aggressionskrieg gegen ein sozialistisches Land führt, ist die einzig feste, einzig mögliche Basis zur Einigung des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung, der praktische Verzicht der Revisionisten auf die Kapitulation, für die das Fehlen von Verteidigungsaktionen für das sozialistische Vietnam ein krasses Beispiel gibt.

Ohne praktische Beweise für den Willen, einen wirklichen Kampf gegen den Imperialismus zu führen, sind „schöne Worte" über Einheit wertlos.

Zweitens wurden die Veränderungen der Form und des Namens des Moskauer Treffens durch die Tatsache erzwungen, daß sieben der 26 eingeladenen Parteien ihre Teilnahme verweigerten. Dazu gehörten die kommunistischen Parteien fünf sozialistischer Länder — Albaniens, Chinas, Vietnams, Koreas und Rumäniens und die kommunistischen Parteien Indonesiens (die größte Partei in der kapitalistischen Welt) und Japans. Außerdem hatte schon vorher eine Anzahl von teilnehmenden Parteien ihren Widerwillen ausgedrückt, an einem Treffen der Art, wie es Chruschtschow vorgesehen hatte, teilzunehmen, da das sofort zu einer erzwungenen offenen Spaltung führen würde.

So kam die Degradierung des Treffens durch die wachsende Opposition gegen die revisionistischen Methoden zustande, und nicht dadurch, daß die Revisionisten ihre früheren falschen Methoden in der Behandlung von anderen Bruderparteien bewußt erkannten. Es gab und gibt in Übereinstimmung mit den Methoden, die in der Erklärung der 81 Parteien zur Aufrechterhaltung kameradschaftlicher Beziehungen und zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien niedergelegt wurden, keine Anerkennung einer falschen Handlungsweise. Wie die KPNS und andere Bruderparteien wiederholt festgestellt haben, steht schon die Abhaltung des Treffens der 19 Parteien selbst im Widerspruch zu den Methoden, die in der Erklärung festgelegt wurden. Die Abhaltung des Treffens war daher vom Gesichtspunkt der ganzen kommunistischen Weltbewegung illegal, und das Treffen kann daher keinen rechtlichen Status haben, irgendwelche Treffen oder Konferenzen der Weltbewegung einzuberufen. In dieser Hinsicht kann sich aus ihm nichts anderes ergeben, als eine noch tiefere Spaltung.

Drittens ist der Vorschlag der 19 Parteien für ein „Konsultatives Treffen" der 81 Parteien zur Vorbereitung einer Weltkonferenz, wie im Kommuniqué festgelegt wird, ein Versuch, der kommunistischen Weltbewegung dieselben Ziele aufzuzwingen, die ursprünglich von Chruschtschow mit der illegalen Einberufung einer „Redaktionskommission" für Dezember 1964 angestrebt wurden. Die Verschiebung dieser Konferenz nach dem Sturz Chruschtschows war offensichtlich nicht durch ein Aufgeben der Politik, Taktik und der Methoden Chruschtschows motiviert worden. Das hat der Einheit des sozialistischen Lagers, den Kämpfen der internationalen Arbeiterklasse und den nationalen Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus bereits großen Schaden zugefügt.

Aus der Tatsache, daß die Führer der KPdSU trotzdem das Treffen, sogar in ihrer degradierten Form, abhielten, und aus dem Vorschlag des Kommuniqués wird ersichtlich, daß sie darauf erpicht sind, die Annahme dieser Politik, Taktik und dieser Methoden allen Parteien aufzuzwingen.

Wie die KPNS beständig aufgezeigt hat, müssen die in der Erklärung von 1960 niedergelegten Verfahrensweisen eingehalten werden, wenn eine Weltkonferenz zur marxistisch-leninistischen Einheit führen soll.

Die Führer der KPdSU haben bei der Einberufung des Moskauer Treffens nicht den Verfahrensweisen entsprochen, die in der Erklärung festgelegt wurden. Jetzt entsprechen sie diesen Verfahrensweisen wieder nicht, sondern ersetzen sie durch ihre eigenen, und wollen ein „Konsultatives Treffen" der 81 Parteien zur Vorbereitung einer Weltkonferenz der Parteien einberufen.

Infolge des Fehlens echter Bedingungen, ein solches „Konsultatives Treffen" produktiv zu machen, würde ein solches Treffen faktisch zu denselben Ergebnissen führen, wie die von Chruschtschow geplante Konferenz — zur offenen Spaltung der Weltbewegung infolge der Versuche, allen Parteien die antimarxistische, antileninistische revisionistische Linie der Führung der KPdSU aufzuzwingen.

Das Politische Komitee weist deshalb diesen Vorschlag zurück. Es verlangt stattdessen zweiseitige Gespräche, in denen die modernen Revisionisten mit einer gründlichen Selbstkritik an ihren Fehlern und mit der Beendigung ihrer Versuche, der kommunistischen Weltbewegung ihre kapitulationistische Praxis und Theorie aufzuzwingen, beginnen können. Es verlangt sofortige Schritte der Führer der KPdSU und der anderen Teilnehmer, mit denen sie praktisch demonstrieren, daß sie bereit sind, die Integrität des sozialistischen Lagers zu verteidigen, indem sie der Demokratischen Republik Vietnam jede mögliche und notwendige Hilfe zur Zurückschlagung der imperialistischen Aggressoren leisten.

Nur wenn die Praxis der Kapitulation und ihre theoretische Rechtfertigung aufgegeben werden, besteht eine reale Aussicht auf die Errichtung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf fester, wirklich marxistisch-leninistischer Grundlage. Diese Art Einheit ist es, die das Politische Komitee der KPNS wünscht. Dafür hat sie gekämpft, und dafür wird sie weiterkämpfen.

Die Kommunistische Partei Malayas

ZUR MOSKAUER MÄRZKONFERENZ

Nachstehend der vollständige Wortlaut der Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Malayas, der am 31. März im „Malayan Monitor" veröffentlicht wurde. — Die Red.

Die Differenzen, die in den letzten Jahren in der internationalen kommunistischen Bewegung bestehen, sind Differenzen zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus, zwischen proletarischem Internationalismus und Großmachtchauvinismus und nationalem Egoismus. Ein scharfer Kampf ist in der internationalen kommunistischen Bewegung gerade deswegen entstanden, weil dies Meinungsverschiedenheiten bei äußerst wichtigen Prinzipien sind.

Dieser Kampf ist die Widerspiegelung des weltweiten Klassenkampfes, der sich mit immer größerer Stärke abspielt in historischen Bedingungen, unter denen der Imperialismus seinem Schicksal näherkommt, während für die Weltrevolution ein vollständiger Sieg immer greifbarer wird. Es ist ein schwerer Kampf, der für die Zukunft der Weltrevolution und das Schicksal der Menschheit große Bedeutung hat.

Der moderne Revisionismus verrät den Marxismus-Leninismus, verwirft die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus, schwächt den revolutionären Geist des Marxismus-Leninismus und widerspiegelt in Theorie und Praxis die bürgerlichen, sozialdemokratischen Ideen. Das Bestehen einer bürgerlichen, privilegierten Klasse und der politische und ideologische Einfluß der Bourgeoisie sind die inneren Gründe des modernen Revisionismus, während die Unterwerfung unter den Druck des von den Vereinigten Staaten von Amerika geführten Imperialismus der äußere Grund ist. Die modernen Revisionisten sind in Wirklichkeit imperialistische Agenten in den Reihen des Proletariats.

Der moderne Revisionismus ist nichts als die Wiedergabe der revisionistischen Ideen, die während der Zeit der zweiten Internationale vorherrschten. Während und nach dem zweiten Weltkrieg tauchten verschiedene Arten revisionistischer Strömungen auf, darunter der Browderismus, der Titoismus und eine britische Ausgabe, verkörpert durch „Den britischen Weg zum Sozialismus". Seit dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist die revisionistische Gruppe Chruschtschows, welche die Führerschaft der KPdSU an sich riß, in die Fußtapfen Browders, Titos und seinesgleichen getreten; sie predigte die sogenannte „Beseitigung des Stalin-Personenkults", „den friedlichen Übergang", „die friedliche Koexistenz" und „den friedlichen Wettbewerb" und öffnete auf diese Weise die Schleusen der revisionistischen Ideen in der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die revisionistische Gruppe Chruschtschows hat skrupellos die revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 mit Füßen getreten. Sie hat eine Politik der Kapitulation vor dem Imperialismus verfolgt, das Wachstum des kapitalistischen Einflusses in den sozialistischen Ländern ermutigt, das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung gespalten und die Revolu-

tion der Völker aller Länder, besonders der kolonialen und halbkolonialen Länder sabotiert. Auf diese Weise hat sie der Sache des Friedens, der nationalen Befreiung, der Volksdemokratie und des Sozialismus unermeßlichen Schaden zugefügt.

Die marxistisch-leninistischen Parteien und die Marxisten-Leninisten überall in der Welt führen gegen den modernen Revisionismus einen unversöhnlichen Kampf.

Unter der Führung des Genossen Mao Tse-tung steht die seit langem erprobte Kommunistische Partei Chinas in der vordersten Reihe des Kampfes, verteidigt und entwickelt den Marxismus-Leninismus und leistet für die revolutionäre Sache der Welt Beiträge von historischer Bedeutung.

Der Fall Chruschtschows, des Revisionisten Nr. 1 in der gegenwärtigen Welt, zeigt den Bankrott der inneren und äußeren Politik dieser revisionistischen Gruppe und ist das Ergebnis des beharrlichen Kampfes gegen den modernen Revisionismus, der von den Marxisten-Leninisten aller Länder geführt wird. Sein Zusammenbruch ist für alle Revisionisten ein schwerer Schlag und ein gewalter Sieg aller Revolutionäre. Die Führung der KPdSU klammert sich jedoch trotz des Zusammenbruchs Chruschtschows an seine revisionistische Linie. Der moderne Revisionismus ist deshalb die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung, und der Kampf gegen ihn ist weiterhin eine wichtige Aufgabe, der die Revolutionäre gegenüberstehen.

Der moderne Revisionismus ist dem langwierigen, zähen Freiheitskampf unseres Volkes, den unsere Partei führt, ganz und gar entgegengesetzt. Wir malaiischen Kommunisten halten die kämpferische Tradition unseres Volkes aufrecht, wir sind der Revolution in unserem Land und der Welt gegenüber verantwortlich und bekämpfen den modernen Revisionismus entschlossen. Wir sind in unseren Ansichten einig und in unserem Kampf gegen ihn vereint; unsere ganze Partei ist gestählt und aus dieser entscheidenden Prüfung gestärkt hervorgegangen.

Alle kommunistischen Parteien müssen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, welche für ihre gegenseitigen Beziehungen gelten, streng einhalten. Es sind die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichheit, Solidarität und gegenseitigen Unterstützung. Sie sollten zwei- oder mehrseitige Besprechungen über Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse führen, durch Beratungen zur Einstimmigkeit gelangen und ihre Handlungen im gemeinsamen Kampf koordinieren. Wir verurteilen scharf solch ein Benehmen des Großmachtchauvinismus und des nationalen Egoismus wie auch das Schwingen des Kommandostabs, die Befürwortung des blinden Glaubens in eine einzige Partei, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten und die Durchführung subversiver Umtriebe gegen andere Parteien. Solch falsche Taten der modernen Revisionisten wie die obenerwähnten wenden sich gegen die Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Die modernen Revisionisten sind es, welche die Differenzen an die Öffentlichkeit getragen und die Polemik hervorgerufen haben. Unter diesen Umständen hat jede marxistisch-leninistische Bruderpartei, die öffentlich angegriffen wurde, das Recht öffentlich zu antworten, und die Polemik sollte fortgesetzt werden. Diese Polemik kann dazu beitragen, Recht von Unrecht zu unterscheiden, und dient deshalb zur Förderung der wahren Einheit in der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wir verurteilen scharf die sektiererischen und spalterischen Umtriebe, die die modernen Revisionisten unter dem Mantel der Einheit führen. Wir halten die wahre Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus fest aufrecht. Eine Konferenz aller kommunistischer Parteien kann nur nach ausreichenden Vorbereitungen durchgeführt werden. Damit diese Konferenz ein Erfolg wird, müssen die Führerschaft der KPdSU und ihre Anhänger zuerst die revisionistische Linie Chruschtschows aufgeben und auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückkehren. Wenn die Führung der KPdSU darauf beharrt, einseitig eine Konferenz der sogenannten Redaktionskommission, die ursprünglich von Chruschtschow vorgesehen war, einzuberufen, wären die marxistisch-leninistischen Parteien aller Länder berechtigt, alle irgendwie notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einheit und Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung zu wahren.

Unsere Partei muß bescheiden von allen brüderlichen marxistisch-leninistischen Parteien lernen. Wir müssen von ihnen, von ihren Erfahrungen lernen, wie die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis ihrer Länder verbunden werden. wir bekämpfen den Dogmatismus, ungeachtet ob er rechts oder „links" sei, der fremde Erfahrungen mechanisch anwendet.

Die dunklen Wolken, die tief über der internationalen kommunistischen Bewegung hingen, beginnen nun wegzuziehen. Die Tatsachen haben bewiesen und werden es auch weiterhin tun, daß keine Macht auf Erden die Wahrheit verbergen kann und daß letzten Endes die Wahrheit über die Lüge siegen wird. Die modernen Revisionisten sind auch Papiertiger. Ihre Reihen schrumpfen täglich weiter zusammen und fallen auseinander. Aber jene der Marxisten-Leninisten dehnen sich rasch aus. Wir sind immer mit allen brüderlichen marxistisch-leninistischen Parteien zusammengestanden und werden es auch weiterhin tun; wir halten das revolutionäre Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin und das kämpferische Banner gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus aufrecht, kämpfen bis zum Ende, um die Reinheit des Marxismus-Leninismus und die wahre Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu verteidigen und den vollständigen Sieg in der Weltrevolution zu erringen.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101